

Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 14.

Berlin, den 7. Juli 1918.

13. Jahrgang.

Internationales Kesseltreiben gegen den Frieden

Berlin, den 2. Juni 1918.

Unklarheit als Regierungsgrundsatz.

Im Anschluß an die Vorgänge im Reichstage vom 24. und 25. Juni haben zwei bürgerlich-liberale Politiker, sicher unabhängig von einander, den gleichen Stoßseufzer von sich gegeben. Sowohl Herr Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ wie Herr von Gerlach in der „Welt am Montag“ wünschten, daß statt der Hertling und Kühlmann offene Verfechter des Schwert- und Eroberungsfriedens die politische Leitung des Deutschen Reiches übernehmen möchten. Damit würde wenigstens eine klare politische Situation geschaffen. Die restlose Übereinstimmung zwischen Zivil- und Militärgewalt läge damit offen zutage, und das deutsche Volk könne dann sehen, ob auf diese Weise der große Erobererfriede schnell zustande käme. Herr von Gerlach bezeichnet ein solches Experiment zwar als eine Pferdekur, er meint aber, daß ohne eine solche Pferdekur eine Gesundung des politischen Lebens nicht möglich sei.

Wir meinen, das Experiment ist schon einmal gemacht worden. Wir haben einen Reichskanzler namens Michaelis und einen Staatssekretär des Auswärtigen namens Zimmermann gehabt. Bei beiden lag die Übereinstimmung mit den wirklich herrschenden Gewalten sehr klar zutage, zu einer Gesundung des politischen Lebens ist es aber nicht gekommen; im Gegenteil. In Wirklichkeit gehört die Unklarheit, der scheinbare Gegensatz zwischen Zivil- und Militärgewalt zu dem strategisch-politischen System, das zurzeit herrscht.

Es ist daher ganz gleichgültig, ob der Mann, der für die auswärtige Politik Deutschlands verantwortlich zeichnet, v. Kühlmann oder anders heißt, das System der gewollten Unklarheit in der inneren wie der äußeren Politik wird trotzdem bleiben. Und das um so mehr, als die Reichstagsparteien eine geradezu perverse Neigung für unklare politische Situationen haben. So hatten sie es unglaublich eilig, die Erörterungen über den Kühlmann-Zwischenfall abzubrechen. Und es ist nur ein weiterer Beweis für die zum System erhabene Unklarheit, daß der von den Reventlöwen umbrüllte und selbst von Freisinnsgroßen versemte Herr v. Kühlmann nur in der regierungssozialistischen Presse eifrige Verteidiger gefunden hat.

Herr v. Kühlmann trägt die politische Verantwortung für den unheilvollen Ostfrieden und all seine Folgeerscheinungen. Damit ist er für uns internationale Sozialisten gerichtet. Es gehört schon die ganze krankhafte Vertrauensseligkeit des Regierungssozialismus dazu, von einem solchen Diplomaten um einiger unverbundlicher Redensarten willen zu erwarten, daß er im Westen einen wirklichen Verständigungsfrieden zustande bringen wolle. Was zum Beispiel aus Belgien werden soll, das lehrt ein Blick auf die knalligen Plakate, auf denen im Moritatenstil die Gefahren gezeigt werden, wenn dieses Land englisches Aufmarschgebiet oder Flugzeugbasis werden sollte.

Im feindlichen Ausland hat das Drum und Dran des Kühlmann-Zwischenfalls die Kriegstreiber und Kriegsverlängerer aufgepeitscht. Sie suchen ihren Völkern klar zu machen, daß der Krieg noch lange dauern müsse. Und so geht das Kesseltreiben gegen den Frieden in das fünfte Kriegsjahr hinein.

Zur Abwehr.

Der Genosse Mehring hat in der „Pravda“*) am 13. Juni 1918 scharfe Angriffe gegen die Unabhängige Sozialdemokratische Partei gerichtet.

Da es sich um einen „offenen Brief“ handelt, den Genosse Mehring als ältestes Mitglied der Gruppen „Internationale“ und „Spartakus“ und auf Wünsche aus diesen Kreisen veröffentlicht hat, sehen wir uns zu folgender Erklärung veranlaßt:

„Genosse Mehring behauptet, daß der Regierungssozialismus bei den Nachwahlen zum Reichstag in den Wahlkreisen Potsdam-Osthavelland, Niederbarnim und Zwickau die Unabhängige Sozialdemokratie vernichtend geschlagen habe und daß der Ausgang dieser Wahlen auf ihn und seine Freunde einen deprimierenden Eindruck gemacht habe.“

Die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie ist durch die Wahlergebnisse nicht enttäuscht worden, da sie sich keine Illusionen über die Stimmung der Wähler gemacht hat, auf die sie infolge des Raubes der Zeitungen und des Belagerungszustandes eine genügende Anziehungskraft auszuüben nicht in der Lage war.

Die Unabhängige Sozialdemokratie will nicht, wie Mehring behauptet, zurück zu der „alten erprobten Taktik“ mit ihren „glänzenden Siegen“ von Wahl zu Wahl. Sie ist keine nur-parlamentarische Partei und will es nicht sein. Sie erblickt auch in den glänzendsten Wahlsiegen nur ein Mittel und nicht das ausschlaggebende für den proletarischen Befreiungskampf.

In zweien von jenen drei Kreisen sind Anhänger der Spartakusgruppe als Kandidaten aufgestellt worden, in Potsdam-Osthavelland Genosse Mehring selbst und in Zwickau Genosse Federl. Bei den Wahlen hatte also die Spartakusgruppe ebenso wie sonst — unbehindert durch die Partei — die Möglichkeit, ihre Werbekraft zu bewähren, die proletarischen Massen aufzurütteln und fortzureißen.

Mehr noch: die Wahlkreisorganisation im 11. Berliner Wahlkreis hat den Genossen Mehring in den Preussischen Landtag entsendet. Einer der hervorragenden Vertreter der Spartakusgruppe hatte hier Gelegenheit, an Stelle der von ihr beflagten „Politik der Halbheiten und des Zauberns“ eine Politik entschlossener Tatkraft und des „Vorwärtstreibens“ zu setzen.

Ein Vergleich darüber, ob und inwiefern sich der Genosse Mehring von den Genossen Hofer, Adolf Hoffmann, Paul Hoffmann, Ströbel in der politischen Auffassung und in dem politischen Wirken unterschieden hat, lehrt mehr als jedes andere Argument, daß die Angriffe des Genossen Mehring gegen die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie der Berechtigung entbehren.

Nach der Behauptung des Genossen Mehring soll die Unabhängige Sozialdemokratie erklären: „Sie lehne die Kriegskredite ab, aber durchaus nicht aus prinzipiellen Gründen.“ In Wahrheit ist sie die entschiedenste Gegnerin der opportunistischen Taktik, sie verwirft die Kreditbewilligung aus prinzipiellen Gründen.

Gen. Mehring hebt hervor, daß die Reihen der „Internationale“ und der „Spartakusgruppe“ stark gelichtet seien, daß viele Genossen hinter Kerkermauern schmachteten. Diese Tatsache ist richtig. Aber in noch größerer Zahl sind Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie, die nicht jenen Gruppen angehören, in die Gefängnisse und Zuchthäuser geworfen. Opfer der Ueberzeugung sind hier wie dort gefallen. Eine reine Phantasie ist es, daß die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie die „besten und erprobtesten Leute“ der Internationale und der Spartakusgruppe des Lockspießertums verdächtigt hätten. Die Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie haben viel-

mehr bei jeder Gelegenheit die Anhänger jener Gruppen und namentlich ihre „besten Leute“ vor Verfolgungen und Verdächtigungen geschützt.

Der Genosse Mehring hat schließlich den kühnen Gedanken ausgesprochen, daß die Partei den ihr durch die Niederbarnimer Niederlage angeblich zugefügten Schmerz durch einen heftigen Feldzug gegen die Bolschewiki habe mildern wollen, den Kautsky und Stein geführt hätten. Die Partei hat durch ihre Führer im Parlament mit allem Nachdruck erklärt, daß sie jede Kritik der Bolschewiki gegenwärtig ablehne. Was Kautsky und Stein geschrieben haben, ist ihre persönliche Ansicht, die sie als solche auch gekennzeichnet und für die sie die Verantwortung übernommen haben. Sie haben dabei von dem Recht der freien Meinungsäußerung Gebrauch gemacht, das allen Genossen zusteht.

Jeder Genosse unserer Partei zollt dem russischen Proletariat nicht nur seine Bewunderung für die heldenmütigen Kämpfe gegen das zaristische Regiment und gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, sondern betrachtet es auch als geschichtliche Pflicht des internationalen, wie namentlich des deutschen Proletariats, das russische Proletariat in diesen Kämpfen zu unterstützen.“

Die Parteileitung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Sozialisierungsbemühungen der Bolschewiki.

Das alte Zarenreich bietet zurzeit ein völlig chaotisches Bild. Staaten und Regierungen entstehen und vergehen, die Gegenrevolution im Innern äußert sich in den verschiedensten Formen und die verschiedensten Kräfte sind in ihr am Werke. In engerem oder looserem Zusammenhange mit ihr stehen die gegenrevolutionären Aktionen der Entente, die ihre Hauptaufgabe darin erblickt, die Herrschaft der Bolschewiki zu stürzen. Nichtsdestoweniger hat sich in dieser internationalen, nationalen und sozialen Brandung die Sowjetrepublik nun seit 8 Monaten aufrecht erhalten können und versucht trotz aller Schwierigkeiten ihr sozialistisches Programm durchzuführen.

Herr Hans Vorst, wohl der einzige Publizist des deutschen Bürgertums, einschließlich des Regierungssozialismus, der dem Bolschewismus mit anerkannter Objektivität gegenübersteht, hat in diesen Tagen im „Berl. Tageblatt“ interessante Mitteilungen aus bolschewistischer Quelle über die organisatorischen Maßnahmen der Sowjet-Republik gemacht. Der bolschewistische Gewährsmann des Herrn Vorst sagte über die Sozialisierung der russischen Industrie:

„Wir sind weit entfernt von jeder Schönsärberei. Der administrative und volkswirtschaftliche Aufbau der Sowjetrepublik ist ein außerordentlich beschwerlicher und langwieriger Prozeß. Die Desorganisation des gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Apparats, die wir bereits voranden, ist in der ersten Zeit der Sowjetherrschaft infolge der grundlegenden Umwälzung des ganzen Systems, welche nach der Novemberrevolution stattfand, noch weiter gewachsen. Es ist wohl leichter, von obenher eine polizeiliche Ordnung in einem Staate aufzurichten. Davon konnte bei uns nicht die Rede sein. Die neue Organisation des Staatswesens konnte erst sichtbar fortschreiten, wenn sie sich von unten her aufbaute, wenn die Peripherie, die Provinz, den Anregungen der zentralen Stellen entgegenkam. Dieser Prozeß brauchte in dem ungeheuer ausgedehnten Reich keine Zeit. Ursprünglich gab es, nach der Novemberrevolution, noch weite Gebiete im Reich, in denen die frühere Ordnung der Dinge noch fortbestand, in anderen bildete sich eine neue, selbständige Ordnung, wieder andere waren von der Zentrale völlig abgeschnitten, so daß überhaupt keinerlei Ordnung in ihnen herrschte. Erst allmählich breitete sich die einheitliche Sowjetorganisation über das Land aus und entwickelte an Ort und Stelle die notwendigen speziellen Organe der Verwaltung und Volkswirtschaft.“

*) Organ der großrussischen Sowjetregierung.

Und dann erst konnte man endlich daran gehen, die Arbeit all dieser örtlichen Institutionen in einer zentralen übergeordneten Stelle zusammenzufassen und sie in einheitlicher Richtung zu lenken. Dieser erste Teil unserer Aufgabe ist nun im wesentlichen erfüllt. Im Lauf des Mai hat in Moskau eine Reihe von Kongressen für alle die wichtigsten Fragen der Verwaltung und Volkswirtschaft, Justiz, Finanzen, Industrie, Unterricht usw. tagt. Die Sowjetorganisationen aus allen Teilen des Reiches (auch von solchen wie Turkestan, Sibirien, Kasan) haben ihre Spezialisten als Vertreter auf diese Kongresse entsandt. Es sind Richtlinien ausgearbeitet worden, deren Einhaltung an Ort und Stelle dadurch am besten verbürgt wird, daß diese Richtlinien das Ergebnis der Erfahrungen bilden, welche die Gesamtheit der Vertreter bei ihrer örtlichen Arbeit bereits gesammelt hat. So entsprechen die auf den Kongressen aufgestellten Grundsätze den natürlichen Bedürfnissen positiver Arbeit, die sich unter den neuen Verhältnissen herausgestellt haben, sie entsprechen den Bedürfnissen der Bevölkerung. Auf jedem Spezialgebiet überträgt eine zentrale Stelle, ein oberster Rat, die Tätigkeit der örtlichen Organe und läßt ihre Arbeit und ihre Erfahrungen zusammen. Der administrative und volkswirtschaftliche Apparat ist für das gesamte Gebiet der Sowjetrepublik im wesentlichen geschaffen. Es folgt nun der zweite gewaltige Teil unserer Aufgabe: die fruchtbare Ausnutzung dieser neugebildeten Organisation.

Zunächst ist auch auf diesem Gebiet schon manches geschaffen und wir sind überzeugt, daß wir in bezug auf unsere innere Lage die erste, schwerste Periode bereits überwunden haben und uns nun in aufsteigender Entwicklung befinden. Die schlimmste Zeit waren die Monate Januar und Februar. Zum Beispiel verschlechterte sich die Lage auf unseren wichtigsten Eisenbahnknotenpunkten bis zum Januar einschließlich immer mehr. Vom März angefangen aber ist eine ständig fortschreitende Besserung zu verzeichnen, die sich statistisch nachweisen läßt.

Ähnlich sieht es auf anderen Gebieten. Dies mag an einer unserer volkswirtschaftlichen Maßregeln erläutert werden, die in Westeuropa auf besonderen Skeptizismus stößt: an den Ergebnissen der Arbeiterkontrolle über die Fabriken und der Rationalisierung der Industrie. Auch diese Maßregel braucht natürlich Zeit, um sich planvoll und einheitlich durchzusetzen. Anfangs hatten wir besondere Schwierigkeiten durch den Boykott der Techniker und Ingenieure, bis im März auf der Konferenz der Vertreter von 38 technischen und Ingenieurgesellschaften der Beschluß gefaßt wurde, unter Vorbehalt ihrer politischen Stellung die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiterkontrolle ist überall in Kraft. Sie hat ursprünglich zu manchen Mißverständnissen und Mißlichkeiten geführt, die jetzt durch die Erfahrungen der Praxis zum großen Teil beseitigt sind. Beispielsweise war die Einführung der Arbeiterkontrolle von vornherein von den Arbeitern vielfach so aufgefaßt worden, als bräuchten sie auch die Anordnungen der technischen Fabrikleitung einfach nicht auszuführen. Die Arbeiter aber erkannten selbst auf die Dauer, daß dies nicht ging, und jetzt gilt die allgemeine Regel, daß technische Anordnungen der Verwaltung unbedingt befolgt werden müssen und nur der Beschwerdeweg dagegen freisteht.

Später, mit dem völligen Absterben der Funktion des Unternehmers, verwandelte sich die Arbeiterkontrolle in die Arbeiterverwaltung. Die Rationalisierung der Industrie ist natürlich erst in der Entwicklung begriffen. Es gibt bei uns augenblicklich drei Typen von Fabrikunternehmungen. Erstens gibt es noch zahlreiche Fabriken, die sich im Privatbesitz befinden. Die Auszahlung von Dividenden ist allerdings völlig eingestellt und alle Ueberschüsse müssen an die öffentlichen Klassen abgeliefert werden. Daß die Fabrikleitung danach ihre Arbeit nicht einstellt, erklärt sich zum Teil dadurch, daß sie oft nicht gleichzeitig Besitzerin des Unternehmens, sondern nur von der betreffenden Aktiengesellschaft angestellt ist. In diesen Fällen zahlen wir der Fabrikleitung die früheren Gehälter weiter. Wo sie aber mit dem Inhaber identisch ist, da wirkt wohl oft die Hoffnung auf den Zusammenbruch der Sowjetregierung und die Wiederherstellung des uneingeschränkten Privatbesitzes. Den zweiten Typus zu dem gegenwärtig die Mehrzahl aller Industrieunternehmungen gehört, stellen diejenigen Fabriken dar, die schon in den öffentlichen Besitz übergegangen, aber noch nicht zentralisiert sind und von den örtlichen Arbeiter- und Sowjetorganisationen geleitet und betrieben werden. Den dritten Typ endlich, der unser allgemeines Ziel ist, bilden die Fabriken, die in öffentlichem Besitz und bereits über das ganze Reich und nach Branchen zentralisiert sind. Dazu gehören jetzt die Papier-, Zucker- und Tabakfabriken.

Wir sind uns dessen bewußt, daß wir mit den ökonomischen Mitteln möglichst große Ergebnisse erzielen müssen, wenn wir uns von unserer schweren wirtschaftlichen Lage erholen wollen. Dazu bietet gerade unser System, je mehr es sich durchsetzt, die beste Handhabe. Es gab z. B. im Gebiet der Sowjetrepublik im ganzen 43 Papierfabriken. Wir stellten fest, daß in 13 von ihnen 80 Prozent der gesamten Papierproduktion konzentriert war. Wir haben deswegen beschlossen, die übrigen 30 Fabriken zu liquidieren, eine Zentralbuchhalterei zu schaffen, und lassen nur die 13 leistungsfähigsten arbeiten, wobei noch eine neue zur Herstellung der zur Fabrikation nötigen Netze errichtet werden mußte. Dieses System, das bei größter Sparsamkeit die größte Produktion ermöglicht, kann bei uns um so leichter durchgeführt werden, als es durch keinerlei privatwirtschaftliche Bedenken gehemmt wird. Außer den schon erwähnten Branchen ist gegenwärtig dieselbe Organisation für die gesamte Eisenindustrie im Werden.

Aber auch ohne diese allgemeine Zentralisation haben wir oft schon wesentliche Resultate erzielen können. Einige Zahlenbeispiele mögen dies belegen. Die „Union“ in Masejewka förderte in der letzten Zeit der Kerenki-Periode nur noch 58 000 Kubik Kohlen täglich. Jetzt fördern wir dort schon 93 000 Kubik, obgleich wir die Arbeiterzahl von 20 000 auf 13 000 vermindert haben. Die „Russisch-Belgische“ Eisenschmelze in Jenatschewo, an der Grenze des Dongebietes, produzierte unter Kerenki nur noch 70 000, jetzt 110 000 Kubik täglich. Die Lokomotivenabteilung der Fabrik „Sormowo“ stellte zurzeit des Jarentums monatlich sieben Lokomotiven fertig, in den acht Monaten der ersten Revolutionsperiode im Durchschnitt 4 1/2 Lokomotiven im Monat und jetzt schon wieder sechs. Nebenbei steht es im Ural, wo die gesamte Industrie zeitweilig völlig zum Stillstand gekommen war, jetzt aber die Lage so weit wieder hergestellt ist, daß die Produktion der ersten vier Monate dieses Jahres derselben Periode des Vorjahres gleichkommt. Auch die großen Brjanskter Werke arbeiten jetzt wieder.

Diese Angaben sollen keineswegs übertriebene Vorstellungen wecken oder die Dinge rosa färben. In vielen Fabriken, ja, in vielen Branchen sind noch lange keine so günstigen Resultate erzielt. Die Lage der russischen Industrie ist immer noch schwer und ernst. Die angeführten authentischen Zahlen sollen nur zeigen, daß es uns gelingt, die Arbeit in Gang zu bringen und die Schwierigkeiten allmählich zu überwinden.

Soweit für heute die eingangs erwähnte russische Quelle, die des Weiteren auch auf die Lage der Verpflegung, die Agrarfrage, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die finanzielle Organisation und andere Probleme der russischen Volkswirtschaft und Politik eingeht.

Parteigenossen! Werbet für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands!

Tatsachen.

Das ist bekanntlich der Titel des kleinen grünen Büchleins, das „ein Wort zum Nachdenken für den deutschen Arbeiter“ sein soll. Das Buch ist unter Mitwirkung von Gewerkschaftsbeamten und Regierungssozialistischen Redakteuren zu stande gekommen und in hunderttausenden Exemplaren verbreitet worden. Alles auf Anregung und Wunsch des stellvertretenden Generalkommandos des VII. Armeekorps. Genosse Herzfeld hat im Reichstage die Entstehungsgeschichte dieser Propagandaschrift geschildert und damit bei den Regierungssozialisten in ein Wespennest gekrochen. Er ist deshalb von dieser Seite mit allen möglichen Beschimpfungen bedacht worden, um die Wichtigkeit seiner Darlegungen zu beeinträchtigen. Jetzt hat Genosse Braß in der „Vergischen Volkstimme“ die unsauberen Verhärterungsversuche unwiderleglich abgefertigt. Er schreibt:

„Herzfeld und Genossen.“

Unter dieser Stichmarke müht sich der Redakteur der „Freien Presse“, Richard Woldt, ab, nachzuweisen, daß die Behauptungen des Genossen Herzfeld, welche er in seiner Reichstagsrede über eine Konferenz des Generalkommandos mit den Redakteuren und Geschäftsführern der sozialdemokratischen Presse des 7. Korpsbezirks machte, eine „ganz gemeine Verleumdung“ seien. Nachdem er dem Genossen Herzfeld vorgeworfen, daß derselbe Millionär und Kriegsgewinnler sei, der sich sein Vermögen durch Petroleumschieberungen erworben, geht der sonst so zartbesaitete Mann dazu über, den Genossen Christmann aus Solingen und mich — die auch zu der Besprechung geladen waren — in recht räpelhafter Weise zu bedanken. Ganz besonders hat er es auf meine Person abgesehen. In allen Tonarten hätten wir uns ausgeschwiegen, — nicht den Mut gehabt, gegen die Ansichten des Generalkommandos Einspruch zu erheben, — wenn Braß Gewährsmann von Dr. Herzfeld ist, hat er bewußt die Unwahrheit gesagt, — Braß ist zu feige, Ausführungen, die Severin gemacht hat, zu machen, — ehrlose Verleumder — usw.

Eine ganze Anzahl von groben Schimpfepisteln sind in dieser Angelegenheit, wie mir leider jetzt erst bekannt wird, in einem Teil der Mehrheitspresse unseres Bezirks in den letzten Monaten erschienen. Selbstverständlich marschiert dabei der „Rechtlicher“ Marschall von der „Riederrheinischen Volkstimme“ an der Spitze, indem er einen ordentlichen Kübel aus seinem Schmutzreservoir über die Unabhängigen ergießt. Darüber braucht man sich weiter nicht zu wundern, ist doch das ganze zur Schau getragene Wesen solcher Leute nur leichte Lächer, die nur oberflächlichen Beobachtern das richtige Bild verdeckt.

Die Sache selbst könnte für mich ja erledigt sein, weil ich erklären kann: Genosse Herzfeld ist von mir nicht unterrichtet worden. Die Angriffe, die Woldt und seine „Leidensgefährten“ gegen meine Person unternommen, sind somit gerichtet. Aber das würde den Herrschaften so in den Kram passen, sie würden weiter versuchen, den wirklichen Sachverhalt durch öde Schimpferei zu verdunkeln, wie sie das bereits seit Ende April tun. Es bleibt mir deshalb nichts weiter übrig, als die „Schimpfungen“

Wolts richtig zu stellen. Dabei kommt mir meine Niederschrift, die Woldt mir auch als Verbrechen anrechnet, sehr gut zufluten. Im übrigen erfolgte diese stets in voller Offenheit, wodurch die hinterhältige Verächtlichkeit des Woldt schon gekennzeichnet wird. Es scheint ihm recht unangenehm zu sein, daß die Möglichkeit besteht, der Wahrheit entsprechend den Verlauf der Konferenz zu schildern. Das eine sieht fest, eine vollständige Veröffentlichung der Verhandlungen würde darun, daß die Kritik des Genossen Dr. Herzfeld in sachlicher Hinsicht durchaus gerechtfertigt ist, trotzdem er in einzelnen Punkten nicht genau informiert worden ist. So trifft es nicht zu, daß Severin in dieser Sitzung die angeführten Ausführungen gemacht hat, sondern in einer früheren; gemacht sind sie aber. Ebenso hat nicht ein christlicher Arbeitersekretär die fragliche Broschüre geschrieben, sondern es wurde mitgeteilt, daß derselbe sie durchgearbeitet und sie jetzt auch einem Sekretär der freien Gewerkschaften übergeben sei, damit dieser ebenfalls seine Bemerkungen dazu mache.

Dann hat Woldt seine Mitarbeit nicht davon abhängig gemacht, daß dieselbe nicht bekannt würde, sondern die Sache spielte sich wie folgt ab: Nachdem der Vertreter des Generalkommandos die Bitte um Mitarbeit bezw. zur Erleitung von Ratschlägen ausgesprochen, wurde auf Anfrage von dem Vertreter erklärt, die Bekanntgabe der Mitarbeit sei nicht beabsichtigt. Daraufhin sagte Marschall: „Ich bitte den Kollegen Woldt, die Arbeit zu übernehmen.“ Woldt lehnte aber ab, worauf Ullensbaum ihm zurief: „Woldt, das kannst du doch machen.“ Woldt erklärte nun wörtlich: „Na, dann will ich es übernehmen, es soll nicht so aussehen, als ob ich den Mut vor der eigenen Courage verlore, ich bitte aber den Kollegen Marschall, ebenfalls mitzuarbeiten.“ Marschall sagte denn auch zu, sowie Wagner (nicht Wehlich-Dortmund) und nach längerem Drängen auch Limberg.

Woldt bestreitet nun weiter die vom Genossen Herzfeld gar nicht aufgestellte Behauptung, daß sie die Verantwortung für die Broschüre übernommen hätten. Dr. Herzfeld hat ganz richtig ausgesprochen: „Dem Generalkommando liege daran, daß, nachdem einige Gewerkschaftler mitgearbeitet, nunmehr von einzelnen sozialdemokratischen Redakteuren die Broschüre durchgesehen und von ihrem sozialistischen Standpunkte aus Vorschläge zu Verbesserungen gemacht würden. Die endgültige Redaktion behalte sich das Generalkommando vor.“ Hierin ist von einer Uebernahme der Verantwortung gar keine Rede. Darüber aber, ob die Mitarbeiterschaft an dieser Broschüre — wenn sie auch nur in dem geschilderten Maße erfolgte — den „stillen Feindhaber“ nicht moralisch verantwortlich macht, wird in der Arbeiterschaft nur eine Meinung sein. Woldt's Rederei vom „Anfein“, was in diesem Falle die Unabhängigen getan haben sollen, ist deshalb genau so lächerlich, wie die Bemerkung, er habe keine Verantwortung gehabt, zu dem „fertigen“ Manuskript der Broschüre vor der Drucklegung noch keine Einwände zum Ausdruck zu bringen. Dazu hatte das Generalkommando gar nicht aufgefordert, würde es auch niemals tun, sondern zur Durchsicht und Vorschlägen zu Verbesserungen von ihrer sozialistischen Auffassung aus. Und hierzu hatten sich Woldt und seine Leidensgefährten bereit erklärt. Genau so verfährt er in seiner Veröffentlichung die Vorgänge über die vom Generalkommando beabsichtigte Versendung von Material an die Zeitungen. Stolz erklärt er: „Ich habe mich nie bereit erklärt, meine Stellungnahme in der Zeitung zu bestimmten Vorgängen nach den Wünschen des Generalkommandos einzurichten.“ Das stimmt in dieser Form, ist aber auch vom Genossen Herzfeld nirgendwo behauptet worden. Was er hierzu gesagt hat, trifft sachlich aber durchaus zu. Hierzu folgende Beweise:

Der Vertreter des Generalkommandos erklärte, daß er zur Bekämpfung der beobachteten Stimmung laufend Notizen herausgeben wollte, aus denen hervorging, was für jeden einzelnen in diesem Kriege auf dem Spiele stände. Jede parteiliche Zielsetzung sollte hierbei offen gelassen werden. Auch Sie müssen das — erklärte er — unterstützen, wenn für Sie heute noch die Erklärungen, welche parteilich am 4. August abgegeben wurden, Gültigkeit haben. Zu den Reisen an die Front sind auch aus Ihren Kreisen eine Reihe von Herren zugezogen worden, die sich dann verpflichtet haben, sich auch für die Aufklärung in Wort und Schrift, also auch in der Zeitung zur Verfügung zu stellen. Es fragt sich nun, ob Sie bereit sind, diese Notizen ohne Änderung aufzunehmen. Hierüber entspannen sich lange Erörterungen, die ich nur zusammenfassend wiedergebe. Einskamp erklärte: Wir haben solche Notizen schon häufig gebracht. Wenn wir solche Propaganda treiben wollen, dann muß es vorsichtig geschehen. Die Wahrheit muß immer oben bleiben.“ Woldt: „Wenn diese Stimmung unter der Arbeiterschaft besteht, müssen wir sie bekämpfen, weil wir auf dem Boden der Landesverteidigung stehen. Die Stimmung hängt aber sehr davon ab, ob die Führer der Arbeiterschaft ihren Einfluß behalten. Die Industrie- und Arbeiterbewegung wird geführt durch die Oberschicht der Gewerkschaftsführer. Solange diese Führung gesichert ist, kann der Engländer und Franzose die Stimmung nicht beeinträchtigen. Die „F. A.“ hat sehr gut gewirkt, das kann ich, als ein Gründer derselben, feststellen. Ebenfalls das gewerkschaftliche Kriegsbuch.“

Ullensbaum, Limberg und Wehlich betonten, daß man der Presse größere Freiheit gewähren solle, dann könnte viel besser gegen solche Strömungen angekämpft werden. Man könnte es nur aus freudiger Uebersetzung tun. Ullensbaum weist auf die vorzügliche Broschüre „Die Sozialdemokratie

im Weltkrieg" als gutes Material hin. Nachwaldt hält es für selbstverständlich, daß sie in dem Sinne arbeiten, aber nicht mühte sich auf anderen Gebieten freier schreiben können.

Es wird dann vom Generalkommando betont, daß es keine offiziöse Berichterstattung sein soll. Vielleicht übernehme es einer der Herren, das Material im Sinne der Parteipresse zu verarbeiten und durch eine Zeitungs-Korrespondenz zu verbreiten. Woldt: Wir müssen die Formulierung für unsere Presse selbst in der Hand behalten. Vielleicht kann unser Pressebureau in Berlin die Nachprüfung und Bearbeitung übernehmen. Wir haben dazu keine Zeit. Das Material unseres Berliner Bureaus benutzen wir in großem Umfang.

Limberg wendet sich als Mitglied des Beirates des Berliner Bureaus entschieden gegen den Vorschlag Woldts.

Nachwaldt weist darauf hin, daß das Material für die Arbeiter ganz besonders bearbeitet werden muß. Es darf keinen offiziellen Anstrich haben. Die Leser glauben ihren Zeitungen so nicht mehr allzuviel. Er gibt Nachschläge, wie es gemacht werden muß und ersucht, den vier Fragen: Rohstoffe, Türkei, England und Amerika ganz besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Woldt zieht seinen Vorschlag nun zurück und betont, daß er diesen nur als Sicherheitsfaktor für seine Kollegen betrachtet hätte. Das Material, was wir von Ihnen bekommen, muß so bearbeitet werden, daß es unsere Leser anspricht. Wir werden unser Bestes tun.

So die Tatsachen, und nun, Leser, fällt dein Urteil über die geminte Enttätigung Woldts und seiner Genossen. Noch ein paar Worte zu der Behauptung, daß wir uns in allen Tonarten auf der Konferenz ausgeschwiegen hätten. Woldt sowohl als ganz besonders seinen Kollegen sind die früheren scharfen Auseinandersetzungen der Unabhängigen bei Gelegenheit solcher Konferenzen bekannt. Sie wissen aber auch aus eigener Erfahrung, daß diese völlig zwecklos sind, weil das Generalkommando sich in seinen Handlungen und Maßnahmen nicht hiervon beeinflussen läßt. Die Öffentlichkeit hört und sieht aber von diesen vertraulichen Besprechungen nichts, so daß auch aus diesem Grunde nach den gemachten Erfahrungen gar keine Veranlassung besteht, sich mit den Herren vom Generalkommando über Politik zu erziehen. Ich betrachte diese Konferenzen lediglich als das, was auch das Generalkommando selbst immer betont, als eine Gelegenheit, sich über Zensurmaßnahmen und andere interne Mitteilungen zu informieren, um in der Lage zu sein, in Redaktion und Verlag sich einzurichten. Ja, wenn es jemals möglich wäre, irgendeine Zensurmaßnahme durch unsere Reden in den Konferenzen aufzuhalten oder zu befechtigen, hätte Woldt recht. Aber diese Behauptung aufzustellen, wird er nicht wagen. Da die letzten Reichstagsverhandlungen über die Zensur wieder bestätigt haben, daß selbst die Beschlüsse des Reichstages nicht beachtet werden, werden Woldt und Genossen nicht zu behaupten wagen, daß es ihnen möglich sei, in vertraulichen Konferenzen unseres Kreisbezirks irgendeinen Einfluß in dieser Hinsicht auszuüben. So lagen die Verhältnisse auch in der fraglichen Konferenz. Das Generalkommando hatte beschlossen, die Korrespondenz herauszugeben, es hätte ferner bereits die Broschüre im Manuskript fertig und von einer Stelle durcharbeiten lassen. Also fertige Tatsachen lagen vor, die abzuändern die schönsten Reden nicht vermöchten.

Oder doch, in einem Punkte ist der Einfluß erfolgreich gewesen und zwar hat dem Drängen von Müller-Duisburg und Ullmann-Elberfeld (nicht Ullmann-Dortmund, wie irrtümlich behauptet wurde) das Generalkommando stattgegeben und die auf 100 000 festgesetzte Auflage auf 1/2 Million erhöht. Der weitergehende Vorschlag des geschäftsmächtigen Herrn Müller, doch von dem Satz Matern herstellen und dann die Broschüre als Beilage der Gewerkschafts- und Parteipresse beilegen zu lassen, wodurch die Wirkung großartig sein würde, fand keine Zustimmung.

So wie vorstehend geschildert und nicht anders ist der Verlauf der fraglichen Konferenz. Ich bin überzeugt, daß sich nunmehr der Leser eine andere Auffassung von der Angelegenheit bilden und mit mir der Meinung sein wird, daß alles das Geschimpfe, was Woldt sowie sein gleichwertiger Kollege Nachwaldt machen, lediglich die Tatsachen und ihre eigene Blamage verdecken soll.

Die Einsicht hierin ist ihnen ja auch schon sehr früh gekommen, wie aus einem Schreiben, das Limberg am 20. April in dieser Angelegenheit an mich richtete, hervorgeht. Es heißt da über die Nachrichten und die Broschüre: „Bisher ist nur eine solche Notiz überhandt worden, die die meisten Mäxter gar nicht und nur ein oder zwei auszugeweihte und in ganz veränderter Form gebracht haben.“

Das zur Einsicht überhandte Manuskript zu der angefündigten Broschüre habe ich zurückgeschickt mit der Ablehnung, mich irgendwie zu einer Broschüre zu äußern, deren Verbreitung ich nicht gutheißen könne. Eine solche Gutheißung der Verbreitung ist übrigens auch von den anderen Empfängern des Manuskriptes abgelehnt worden.

Man hat also doch ein Haar in der ganzen Sache gefunden. Dreißigjährig wie immer hat Nachwaldt wiederholt in seinen Notizen verlangt, man solle sagen, was an ihrem Verhalten auszusetzen sei. Hoffentlich gibt er sowie Woldt seinen Lesern durch Veröffentlichung des Vorstehenden Gelegenheit, dieses zu tun. Sollten sie es aber unterlassen, dann können wir uns ja über den Sinn des Wortes „Anecken“ unterhalten. Auf die Gassenjungenanwürfe Nachwaldts weiter einzugehen, will ich mir versagen.

Hemsel, den 29. Juni 1918. D. W. a. h.

Aus der Bewegung.

Hohenheim (Wahlkreis Mannheim). Die letzte Generalversammlung zeigte ein erfreuliches Bild. Der Geschäfts- und Klassenbericht bewies, daß alle Nationen der Regierungsozialisten außerhande sind, unsere Bewegung ungünstig zu beeinflussen. Nur ein Mitglied ging im Laufe der Monate verloren, doch der „Verlust“ wurde durch eine Anzahl neuer Mitglieder reichlich aufgewogen. Der Ortsverein zählt zurzeit 55 weibliche und 24 männliche Mitglieder. Der Klassenbestand stieg. Die 400 Mark altes Vereinsvermögen, von den Abhängigen durch bürgerliches Gerichtsurteil zurück „erobert“, sind bald wieder weitgemacht. Der alte Vorstand wurde wiedergewählt, mit Ausnahme eines ablehnenden Genossen, für den Genosse Niemer eintrat. 33 Mitglieder beteiligten sich bisher am Pressenfonds. Alles in allem: der alte rührige Kampfesgeist herrscht weiter in unseren Reihen. Das kam auch zum Ausdruck beim Vortrag des Kreisvorsitzenden. Letzterer behandelte in unserer Versammlung die Friedensprobleme, stellte den Bestrebungen der bürgerlichen Gesellschaft die sozialistischen Forderungen gegenüber und besprach eingehend die zukünftigen Aufgaben der Partei. Von unten auf müsse grundsätzlich aufgebaut werden, nicht nur auf die Zahl, sondern auf den Geist komme es mit an, der innerhalb der Organisation herrsche. Die eingehende sachliche Diskussion brachte das Einverständnis mit dem Referenten zum Ausdruck sowie die Zuversicht, daß uns auch das neue Geschäftsjahr vorwärts bringe.

Eine öffentliche Versammlung in Frankfurt a. M. veranstaltete die U. S. P. am Montag, den 24. Juni. Trotz strömendem Regen waren Saal und Galerien des Zoologischen Gartens besetzt. Genosse Bogt-herr-Verlin behandelte das Thema „Wahlrecht, Steuervorlagen und Volk“. Ost vom Beifall der Versammlung unterbrochen, kennzeichnete der Referent das Junkerregiment in Preußen-Deutschland — Junkerinteressen und alldemische Politik sind es, die den inneren wie auerpolitischen Verhältnissen ihr Gepräge geben — und stellte ihm die Forderungen des Volkes gegenüber. In scharfer Markierung hob Bogt-herr die Stellungnahme der U. S. P. zu den einzelnen politischen Fragen hervor, dabei darlegend, wie die Politik der Abhängigen dem werktätigen Volke zum Verderben gereicht. Stürmische Zustimmung lobte den Redner. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Dafür bekam Bogt-herr am 25. Juni seinen „Mißfall“ im Organ der Abhängigen. Eßt schulmeisterlich (daran erkennt man den politischen Redakteur!) werden die Unabhängigen und ihr Referent darüber „belehrt“, was sie in einer solchen öffentlichen Versammlung zu tun und wie sie sich zu verhalten haben. Da werden sich unsere Genossen wohl demnächst vor ähnlichen Arrangements bei der „Volkstimme“-Redaktion Instruktion holen müssen! Sollte der Redakteur jedoch durch seinen Bericht über unsere wohlgeleitete Veranstaltung den Beweis erbringen, daß ihm bitteres Unrecht geschehen, als ihm kürzlich von Duax und Genossen vorgeworfen wurde, daß er „den Unabhängigen zu nahe“ stünde (wer lacht da!), so ist ihm dieser Beweis — wenn es dessen überhaupt bedurft hätte — sicherlich gelungen. Doch wie dem auch sei: die U. S. P. marschiert. Das kam auch unangst zum Ausdruck in der Generalversammlung unseres Frankfurter Vereins. Das letzte Quartal brachte einen Zuwachs von mehreren hundert Mitgliedern. Auch das laufende Quartal zeigt eine steigende Mitgliederzahl. Der Bezirksorganisation wurden aus Mitteln des örtlichen Vereins 1000 Mk. bewilligt. Damit brachte die Mitgliedschaft zum Ausdruck, wie sehr ihr daran liegt, in enger Zusammenarbeit mit den Genossen im Bezirk die gesamte Bewegung zu fördern. Geschicht dieses — und daran ist nicht zu zweifeln! — in fester Gemeinschaft aller, legen die Genossen und Genossinnen überall Hand ans Werk so ist unser weiterer Vormarsch gesichert. Die Regierungsozialisten sind natürlich dabei, mit allen Mitteln — und was für welche! — unsere Bewegung zu hemmen. Täglich kommt dies u. a. in ihrem Organ, der „Volkstimme“, zum Ausdruck. Was da zusammenge — tragen wird, stellt wirklich eine „ansehnliche Leistung“ dar. Glaubte man den abhängigen Berichten, wäre die U. S. P. ein winziges, bedeutungsloses Häuflein (wenn überhaupt noch lebend), dagegen die Regierungsozialisten überall in „glänzender“ Position. Mit solchen Mandatverfälschungen der Arbeiter irre zu führen. Fehlt uns im Bezirk leider ein Tagesorgan, um dem täglichen Schwindel der Herrschaften entgegenzuwirken, so muß der Aufklärungsprozeß durch desto intensivere Kleinarbeit, von Person zu Person, in Werkstätten und Fabriken, in Stadt und Land, erlert werden. Das geschah bisher mit gutem Erfolg, wie der feste Fortschritt unserer Bewegung bezeugt.

Wahlkreis Höchst-Domburg-Wingen. Dem neuen Deutschland entgegen? Die politische Haltung der Regierungsozialisten verliert nach und nach die Werbekraft bei den Arbeitern. Das beweist der Verlauf der öffentlichen Versammlungen. Der in Verlin abgewirtschaftete Herr Groger, den man als Bezirkssekretär für den Agitationsbezirk Frankfurt anstellte, sucht nun mit obigem Thema das geschwundene Vertrauen wieder zu gewinnen, indem er der Arbeiter-schaft einen Wechsel auf die Zukunft ausstellt. Wie es mit diesen Versprechungen aussieht, kann man ja zur Genüge an Hand der Neuorientierungen der abgekauften vier Kriegsjahre feststellen. Dabei wird in einem Flugblatt die „kraftvolle Haltung“ der Regierungsozialisten für den Frieden und der „energische Kampf“ um das Wahlrecht hervorgehoben. Ja, wenn es mit großen Worten getan wäre! Die Taten strafen die Herren Lügen. In Griesheim a. N. hielten die Abhängigen am 25. 6. eine öffentliche Versammlung ab, von der sie in der „Volkstimme“ von einem guten Bericht berichten. Die Herrschaften sind wirklich bescheiden geworden. Es waren 53 Personen anwesend. Dabei wohnen und arbeiten in Griesheim Tausende

von Arbeitern. In früheren Zeiten hätte man das Resultat als Fiasko empfunden. In Oberursel, wo Groger gleichfalls als Referent auftrat, mußte kürzlich eine öffentliche Versammlung wegen Mangel an Besuchern ausfallen. Es waren nur 4-5 Personen erschienen. Den Unabhängigen hat man nach dem Bericht von der Kreis-Generalversammlung schärferen Kampf angesagt. Sie sollen angeblich ihre Versammlung stören und die Vorsitzenden hätten die sozialdemokratische Partei beschimpft und verleumdet, so daß sich die Herrschaften überlegen mühten, ob sie den unabhängigen Vorsitzenden in Zukunft noch Redefreiheit gewähren. Mit der Beschränkung der Redefreiheit hat man in Griesheim den Anfang gemacht, indem man sie auf 10 Minuten festsetzte. Die Gründe sind natürlich nicht stichhaltig. Wenn unsere Vorsitzenden unabhängig in den Versammlungen auftreten würden, was könnte den Abhängigen erwünschter sein? Sie könnten ja nur Vorteil daraus ziehen und im Schlusswort das Verhalten geißeln. Der wahre Grund zu dieser politisch unanständigen Maßnahme ist natürlich, zu verhindern, daß ihre Kollisionsherkunft aufgedeckt werden. Unsere Vorsitzenden üben nur sachliche, aber scharfe Kritik. Dagegen besleichen sich die Herren Abhängigen immer mehr einer verleumderischen und beschimpfenden persönlichen Kampfesweise. Die besondere Hervorhebung der Namen der unabhängigen Vorsitzenden in der abhängigen Presse läßt geradezu auf denunziatorische Absicht schließen. Die Erklärungen des bayerischen Kriegsministers sowie seines Kollegen im Reichstag braucht die Herrschaften nicht im geringsten zu genieren. Nur einige Stillblenden Grogerscher Kampfesweise. In dem Griesheimer Bericht heißt es: „Ein Fräulein Sender wurde von den Unabhängigen als erste Rednerin ins Treffen geführt. Die Versammlung brachte den mit viel Pathos, aber um so weniger Ueberzeugungskraft vorgetragenen Worten durchaus kein Verständnis entgegen, worüber auch das einzelne Bravo eines ihrer Gesinnungs-genossen nicht hinwegtäuschen konnte und sie deshalb gleich darauf das Feld ihrer Tätigkeit verließ. Herr Stadler als zweites Unabhängigen war aufscheinend sein Konzept durch die Ausführungen des Referenten gründlich verdorben worden. Die aufgelegene Wolke wollte nicht stimmen“ usw. Zum Schluss wird den Unabhängigen noch vorgeworfen, daß sie nicht den Mut fanden, gegen die Resolution der Abhängigen zu stimmen. Abgesehen davon, daß in der Kriegszeit mehr Mut dazu gehört, sich öffentlich zur Unabhängigen Sozialdemokratie zu bekennen, wie zu den realen-sozialistischen Vorsitzenden, die sich reklamieren lassen, um das Durchhalten zu predigen, zeigen die Ausführungen probenhafte Ueberhebung.

In Höchst a. N. hielten die Abhängigen am Samstag, den 22. Juni, eine öffentliche Versammlung ab, mit Groger als Referentem. Erschienen waren circa 50 Personen. Darunter ein Bäderubend eingeschriebene Mitglieder der Abhängigen, circa 30 Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie und der Rest hat auf die Verbetrommel der Abhängigen reagiert. Ein flüchtiges Fiasko trotz Flugblatt und Aufruf in der „Volkstimme“, Umgegend. Die Arbeiter-schaft hat wie es scheint, gar kein Verlangen, das neue Deutschland, wie es Regierungsozialisten ausmalen, kennen zu lernen. Sie spüren es täglich am eigenen Körper. Der Vorsitzende wollte sofort dem Referenten das Wort zu seinem Vortrag erteilen, da verlangte ein Genosse das Wort zur Geschäftsordnung und beantragte eine Stunde Redezeit für den Referenten und eine Stunde für einen Diskussionsredner der Unabhängigen. Herr Groger als Referent entzog sofort dem Vorsitzenden die Entscheidung über die Abstimmung, indem er kurzweg erklärte: „Ach was, wir lassen uns keine Vorschriften machen, wir haben nur abhängige Gesinnungs-genossen eingeladen. Wir wollen die Besucher in unserem Sinne aufklären, das selbe bleibt den Unabhängigen unbenommen in ihren einkerbunden Versammlungen zu tun.“ Eine weitere Wortmeldung schüttelte der Referent mit der Bemerkung ab: „Ich habe das Wort jetzt und befinne meinen Vortrag.“ Unter diesen Umständen blieb unseren Anhängern nichts übrig, wie das Lokal zu verlassen. Der Aufforderung wurde restlos Folge geleistet. Die Arbeiter können sich die Schilderung des Herrn Groger über das „neue Deutschland“ schenken, um so mehr, da wir aus einem Artikel in der „Volkstimme“ und in Griesheim entnehmen konnten, daß sich die gegenwärtigen und zukünftigen Zustände in dem Hirn dieses Herrn wie ein verwirrtes Knäuel Garn herumwälzen. Wir Unabhängigen haben die Zuversicht, daß uns der neue Bezirkssekretär mit seinem „neuen Deutschland“ nicht gefährlich wird. Die Abhängigen haben auch nicht den Schein des Rechts, sich über die Kampfesweise der Unabhängigen zu beschweren. Wenn eine angeblich demokratische Partei in ihren öffentlichen Versammlungen sich jedes politischen Anstandes be gibt und einfach den Angegriffenen das Wort abschneidet, wird sie bald den letzten Rest von Vertrauen verloren haben. Eine Partei, deren erster Vorsitzender im Kreise schon vor der Spaltung einem seiner Genossen vom Vorstand in einer öffentlichen Versammlung in Nied das Schimpfwort „Schuft“ zurief, hat auch kein Recht, sich über persönliche Kampfesweise zu beschweren. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Weidet die öffentlichen Versammlungen der Abhängigen so lange, bis sie sich wieder zu den politischen Anstandsregeln zurückfinden.

Kolbs Nachfolger im badischen Landtag ist mit der geringen Stimmenzahl 447 aus der Urne hervorgegangen. In seiner Freiburger „Volkswacht“ tröstet der neueste Regierungsozialist der Zweiten Kammer sich und seine leidtragende Reformpartei mit dem Hinweis darauf, daß bei der Wahl des Dr. Frank-Ortshaus auch nur 638 Stimmen abgegeben wurden, während Frank 2900, Kolb 2100 Stimmen erhalten hatten.

Als Nachfolger Kolbs beim „Volkstrend“ ist nun der Redakteur Emil Gauth, früher in Mannheim, jetzt in Stuttgart, gewonnen worden, der lange Zeit in Zürich am „Volkrecht“ sich auszeichnete.

Offenburg (Baden), 7. Kreis. Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntag, den 14. Juli ein Ausflug zu Fuß nach Saar gemacht wird zum Besuch unserer dortigen Gefinnungsgenossen. Wer die Eisenbahn benutzen will, möge den Personenzug 11,25 Uhr ab Offenburg benutzen.

Unserem unvergeßlichen Schriftführer Ernst ist ein hübsches Grabdenkmal gesetzt worden, das die Inschrift trägt: „Ein Sohn des Volkes wollt' er sein“.

Groß-Berliner Chronik.

Eine neue Ernährungsdebatte hatte die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung am 27. Juni. Die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten hatte wiederum beantragt, den Magistrat aufzufordern, für bessere Ernährungsbedingungen bei den zuständigen Stellen zu wirken. Genosse Wurm begründete den Antrag. Er legte die Zustände dar, wie sie sind und zeigte, daß das, was heute der Bevölkerung zugestellt werde, keine Ernährung genannt werden könne. Die Folgen dieser Ernährungsweise seien unabsehbar. Bessere Verteilung genüge nicht, denn die Kriegsfolgen lassen sich nur durch enblichen Frieden aus der Welt schaffen. Den brauchen wir, wenn die Bevölkerung, vor allem die breite Masse, nicht gänzlich zu Grunde gerichtet werden soll. Alle Hoffnungen, die gemacht worden seien, hätten enttäuscht. Dafür wieder Brot- und Kartoffelration gekürzt. Es geht so nicht weiter.

Der Oberbürgermeister meinte, der Magistrat habe an den zuständigen Stellen fortgesetzt auf den Ernst der Lage hingewiesen, insbesondere in Berlin die zuständigen Stellen seien sich auch voll bewußt, daß die großstädtische Bevölkerung soweit wie möglich ausreichend beliefert werden müßte. Der Magistrat sei leider in vielen Fällen von den Erzeugern bestimmter Lebensmittel im Stich gelassen worden. Es handelte sich jetzt um ein Uebergangsstadium, das hoffentlich nur von kurzer Dauer sein werde. Anstelle von Kartoffeln sollen Nahrungsmittel gegeben werden. — Herr Koblenzer von den Abhängigen erklärte, sich den Ausführungen Wurms anschließen zu können. Es sei unmöglich, daß es so weiter gehen könne, die Grenze des Erträglichen sei erreicht.

Herr Cassel von den Bürgerlichen meinte, daß es kaum eine Stadt gäbe, wo die Ernährungsverhältnisse so traurige seien, wie in Berlin. Das könne man überall feststellen. Aber für politische Forderungen, wie sie Herr Wurm erhoben habe, wie Herbeiführung des Friedens, sei der Reichstag da. Und dort sei doch alles geschehen, was nach Lage der Dinge geschehen könnte. Das hätten auch die Freunde von Herrn Koblenzer anerkennen müssen. (Geschlecht ihnen ganz recht, so gelobt zu werden.)

Der Antrag unserer Fraktion wurde einstimmig angenommen.

Die Unterstützung der Kriegerfamilien betraf ein zweiter Antrag unserer Stadtverordnetenfraktion, der in der gleichen Sitzung verhandelt wurde. Unsere Genossen beantragten für die Unterstützung gleiche Grundsätze festzusetzen, insbesondere den Arbeitsverdienst nicht anzurechnen. Genosse Hünke wies in der Begründung auf die ungleiche Behandlung der Unterstützungsanträge hin. Es gäbe Kommissionen, die bei 37 Mark Wochenverdienst die Unterstützung abgelehnt hätten, während andere eine Grenze von 55 Mark festgesetzt hätten, ehe Ablehnung erfolgte. Es sei unerhört, in heutiger Zeit in Unterstützungsfragen ergründig zu verfahren. Das müsse anders werden, und aus diesem Grunde sei unser Antrag gestellt.

Herr Stadtverordneter Ladeberg meinte, eine Gleichmäßigkeit sei nicht möglich, die Verhältnisse lägen verschieden. Nach dem Gesetz müßte die Bedürftigkeit geprüft werden. Persönlich würde er es am liebsten sehen, wenn dieser ganze Begriff aus dem Gesetz entfernt werden würde.

Genosse Leib ergänzte die von Hünke vorgetragenen Einzelfälle, die vornehmlich in die Kommission 10 C in der Treßlowstraße fielen. Man habe aber nicht nur den Arbeitsverdienst der Kriegerfrau herangezogen, sondern auch in vielen Fällen das Einkommen erwachsener Kinder. Dieses Einkommen würde zusammengezogen und daraus die sogenannte Bedürftigkeit verneint. In einem Falle sei das Einkommen eines siebzehnjährigen Sohnes in Höhe von wöchentlich 60 Mark als auskömmlich für sich und die Mutter angesehen und die Unterstützung abgelehnt worden. Auf Beschwerde sei vom Magistrat die Antwort ergangen, daß der Sohn zur Unterstützung gesetzlich verpflichtet sei, es blieb bei der Ablehnung. Das sei der Grundsatz der Armenverwaltung, der mit den Grundsätzen der Kriegsunterstützung nicht im Einklang stehe. Selbst wenn die Frau Unterstützung erhalten hätte, hätte sie ohnehin zum Leben nicht ausgereicht. Der Sohn hätte auch dann noch die Mutter unterstützen müssen. Der Begriff der Bedürftigkeit müsse als erfüllt angesehen werden, wenn aus dem Einkommen des Eingezogenen die Lebenshaltung der Familie bestritten worden ist. Und deshalb dürste der Arbeitsverdienst der Kriegerfrau nicht angerechnet werden. Die Unterstützung sei nicht so hoch, um bei der kolossalen Teuerung auskommen zu können. Arbeit aber eine Frau, so würde sie in vielen Fällen mit Entziehung der Unterstützung bestraft. Das sei ungebührlich. Dem soll durch unsern Antrag entgegengekömmt werden.

Stadtrat Dosslein meinte, die Anträge würden wohlwollend geprüft. Von 6000 Beschwerden seien 37 Proz. als berechtigt angesehen worden. In 16 Fällen seien Beschwerden an den Oberpräsidenten gegangen, der in allen diesen Fällen den Besuchstellern Recht gegeben habe.

Mitter (Abh.) wendet sich ebenfalls gegen Härten. Unser Antrag wurde schließlich der allgemeinen Kommission überwiesen, die zur Regelung dieser Materie eingesetzt ist.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Hausbrandkohle betraf eine Anfrage der Abhängigen, die von Mitter begründet wurde. Vom Magistrat wurde das Kohlenprogramm mitgeteilt, daß in diesem Jahre hoffentlich alles glatt gehen werde. Die Bevölkerung brauche keine Sorge zu haben, sie solle vielmehr den Magistrat unterstützen und die freigegebenen Kohlen auf die Kochplatte wie die in Wäldern freigegebenen auf die Ofenplatte abholen.

Genosse Hünke meinte, das seien schöne Worte, in der Praxis sehe es anders aus. Viele Leute hätten auch heute noch keine Kohlen erhalten können, weil auch die Kleinhändler gänzlich unvollkommen beliefert würden. Dann aber sei das Publikum sehr oft Händlern überwiesen worden, die in entfernt liegenden Stadtteilen wohnen. Der Magistratsvertreter meinte, daß in diesem Falle Beschwerde eingereicht werden möchte, um diesen Mangel abzuheben.

Schließlich wurde noch die Wohnungsfrage behandelt auf die neben Heumann (Abh.) Genosse Wurm näher einging. 5 Millionen wurden bereitgestellt.

Mariendorf. Eine Abfahr erhielten die Scheidemann bei der am 30. Juni stattgefundenen Gemeindevertreterwahl. Glaubt man doch am 17. März eine „der Hochburgen der Unabhängigen“ bezwungen zu haben. Sie wagten, der Mariendorfer Arbeiterschaft einen Kandidaten zu präsentieren, welcher ihr als Arbeiterfeind und Saalabtreiber gut in Erinnerung ist. Kurz, sie fanden den Anschlag, welchen sie brauchen und reichlich verdienten, wie auch die Politik der Regierungssozialisten untergehen muß im bürgerlichen Reichstag. Die Mehrzahl der Wähler gab ihnen die nötige Antwort. Die Kandidaten der Unabhängigen, Wittig und Brandt, erhielten 96 und 93 Stimmen, die der Gegner, Knauer und Waldheim, 88 und 84 Stimmen.

Aus den Organisationen.

Zur Beachtung für die Neuköllner Mitgliederschaft bringen wir zur Kenntnis, daß unser Büro, Redarstr. 3, von jetzt ab am Tage geschlossen, des Abends von 5—8½ Uhr und Sonntag vormittags von 9—11 Uhr geöffnet ist.

Der Vorstand.

Anmeldungen zur Jugendweihe im September bitten wir schon jetzt im Büro und bei den Funktionären abzugeben.

Der Vorstand.

Mariendorf. Der gemeinschaftliche Jahlabend findet Mittwoch, den 10. Juli, bei Denschel statt. Wir erwarten vollzähligen Besuch.

Der Vorstand.

Karlshorst. Der Jahlabend findet am Mittwoch, den 10. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokal von Perske, Prinz Adalbertstr. 16, statt.

Die Bezirksleitung.

Spandau. Am Mittwoch, den 10. Juli, abends 8½ Uhr, bei Haase, Schönwalderstr. 101, Jahlabend.

Der Vorstand.

Friedrichshagen. Sonntag, den 14. Juli, Familien-Partie nach Helgoland. Treffpunkt 2 Uhr Brauerei-Ausschank. Um zahlreiche Beteiligung ersucht.

Der Vorstand.

Tempelhof. Der gemeinsame Jahlabend findet am Mittwoch bei Reimer, Oberlandstraße 57, statt.

Treptow-Baumshulenkamp. Am Mittwoch, den 10. Juli, findet der Jahlabend in jedem Ortsteil statt. Für Treptow im Rest. Hauser, Gräßstr. 68; für Baumshulenkamp im Rest. Krause, Kieholzstr. 249. Auf beiden Jahlabenden findet Vortrag statt. Um zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen ersucht.

Der Vorstand.

Vereins-Veranstaltungen.

Turnverein „Fichte“. Am Sonntag, den 7. Juli veranstaltet der Turnverein „Fichte“, Berlin, zur Feier des 25-jährigen Bestehens des Arbeiter-Turner-Bundes ein Schauturnen mit sportlichen Vorführungen. Treffpunkt sämtlicher Abteilungen früh 9 Uhr im Restaurant „Einfiedler“ am Bahnhof Johannisthal.

Nach vorausgegangener Wanderfahrt Treffpunkt mittags 1 Uhr auf dem Fichteturmplatz Treptow, Köpenicker Landstraße. Nachmittags 4½ Uhr: Beginn der turnerischen Aufführungen. Allgemeine Freilübungen, sportliche Wettläufe, Wettspiele für Mitglieder, Jugendturner und Turnerinnen, sowie Schauturnen aller Schüler- und Schülerinnen-Abteilungen.

Die Arbeiterschaft sowie Freunde und Gönner unserer freien Turnerei sind hierzu freundlichst eingeladen.

Quittung.

Von der Rheinschiffahrt. 5 Mk. für die Nachwahl im 1. Kreis, 5 Mk. für besondere Zwecke.

Für Parteizwecke aus Frankfurt a. O. 7,95 Mk. Heinrich Müncheberg 15 Mk.

Prost'sches Quartett

empfehlen sich den Parteigenossen zu allen Gelegenheiten, besonders Trauerfeierlichkeiten und Einäscherungen.

Franz Prost,

Berlin NO., Lippehnerstr. 15.

Tel.: Amt Alexander, 894.

Am 26. Juni starb unerwartet als Opfer des Krieges mein edler, geliebter Mann, unser Bruder, Schwager und Onkel, der Zeichner

Adolf Adena

im 41. Lebensjahre.

In tiefer Trauer
Marie Adena.

Allen Freunden und Genossen die erschütternde Nachricht, daß am 29. Mai durch Granatschuß mein innigstgeliebter Mann, der treusorgende Vater meines Sohns, der Landsturmmann

Hermann Esser

sein so liebes Leben lassen mußte.

In tiefem Schmerz im Namen aller Angehörigen

Auguste Esser geb. Samul
nebst Söhnsen Hellmut.

Neukölln, den 2. Juli 1918.

Pflügerstr. 18.

Nachruf!

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß am Mittwoch, den 26. Juli, nach längerem, schweren Krankenlager, der Schlosser

Hermann Ehler

sanft entschlafen ist.

Dies zeigt an

Familie Ringel,
Sprengelstr. 24, v. 4 Trp.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

1. Wahlkreis.

Am 13. Juni fiel im Alter von 26 Jahren der Tischler

Paul Munke

Sorauer Straße 8, Bezirk 191 I.

Wahlverein Neukölln.

Am 9. Juni fiel durch Granatsplitter im Alter von 33 Jahren unser Genosse

Karl Simon

Bertelsdorferstr. 13, 9. Bezirk.

Ein Opfer des Weltkrieges wurde am 29. Mai unser guter, braver Genosse

Hermann Esser

Pflügerstr. 16, 3. Bez.

Wir beklagen seinen Verlust auf das Schmerzlichste. Er war einer unserer Besten.

Als Opfer des Weltkrieges verstarb unser Genosse, der 43 Jahre alte Zeichner

Adolf Adena

Nogatstr. 16, 16. Bezirk.

Er starb in Verfolg seiner Ziele für seine unerschütterliche Ueberzeugung. Seine Verdienste um unseren Ortsverein, um die Internationale, sichern ihm ein dauerndes Andenken.

Der Vorstand.

Wahlverein Treptow-Baumshulenkamp.

Anfang Juni fiel als Opfer des Weltkrieges im Alter von 28 Jahren unser Genosse, der Arbeiter

Paul Apelt

Beermannstr. 9a, Bezirk 6.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

1. Wahlkreis.

Am 26. Juni verstarb im Alter von 68 Jahren unser Genosse, der Maurer

Ernst Mischke

Bezirk 398, Abt. 42.

6. Wahlkreis.

Am Dienstag, den 25. Juni, verstarb in der Garnison in Lübeck unser Genosse, der Gastwirt

Ferdinand Habermann

Neue Hochstr. 49, 10. Abt., Bez. 648,

48 Jahr alt.

Die Beerdigung hat am Mittwoch auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof bereits stattgefunden.

Am Sonnabend, den 22. Juni, verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Gustav Mödebeck

Lüderitzstr. 56, 22. Abt., Bez. 771.

Ehre ihrem Andenken!

Reichstag und auswärtige Politik.

180. Sitzung, Dienstag, 25. Juni, nachm. 2 Uhr.
Am Bundesratsstische: Graf Hertling, v. Bayer,
Rühlmann.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.
Abg. Schmitt-Würzburg (Soz.) weist darauf hin, daß in gewissen Teilen Süddeutschlands, die zu den Hauptbrennstoff-Produktionsstätten verkehrsunfähig liegen, infolge der hohen Wasserstrafentartarife die Brennstoffe aus dem Ruhrgebiet wesentlich teurer zu stehen kommen, als die Ruhrkohlenprodukte, die auf der Bahn transportiert werden, und fragt an, ob es der Reichsbehörde möglich ist, die Verteilung von Brennstoffen zur Ansammlung von Vorräten für den Winter in diesen Gebieten während der Sommerzeit wirklich durchzuführen.

Ein Regierungsvertreter legt, auf der Tribüne unverständlich, die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen dar.

Auf eine Anfrage des Abg. Prinz zu Schönau-Carolath (Nat.), der auf eine Meldung hinweist, wonach im Kesselgebiet in Gefangenschaft gezogene Offiziere und Mannschaften unmenschlich gemartert worden sind, erwidert

Oberst v. Franseck, daß, falls dies zutreffen sollte, strenge Bestrafung der Schuldigen gefordert werden würde.

Auf eine weitere Anfrage des Prinzen zu Schönau-Carolath über die Verpflegung der deutschen Gefangenen in Malta erwidert

Ministerialdirektor Kriege, die Ermittlungen hätten ergeben, daß die Ernährung auf Malta zurzeit besser sei als in England selbst. Wenn dort über 50jährige Deutsche interniert worden seien, so habe die englische Regierung auf die Schwierigkeiten eines sicheren Abtransportes angesichts der U-Bootgefahr hingewiesen. Diese Frage dürfte bei den zurzeit schwebenden Verhandlungen über den Gefangenen-austausch mit England geregelt werden.

Abg. Doormann (Vpt.) fragt an, ob den deutschen Lehrern in Lody das Feldpostrecht gewährt werden könne.

Geh. Postrat Duda: Bisher haben die Lehrer das Recht, die Feldpost zu benutzen, nicht befehen, da sie Angehörige der dortigen Landesverwaltung sind. Die Reichspostverwaltung wird aber die Frage prüfen.

Abg. Schiele (Konf.) wünscht, daß während der Erntezeit Landleute nicht mehr zum Heeresdienst einberufen werden.

Oberst v. Braun: Da wir die allgemeine Wehrpflicht haben, kann nicht eine ganze Berufsklasse zurückgestellt werden. Doch wird mit Rücksicht auf die Einbringung der Ernte allen billigen Wünschen nach Prüfung durch die zuständige Behörde Rechnung getragen.

Hierauf wird die gestrige Debatte über den Etat des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes fortgesetzt.

Reichskanzler Graf Hertling: Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, in diese Aussprache einzugreifen. Die Gründe für diese beabsichtigte Zurückhaltung liegen auf der Hand. Es sind die Erfahrungen, die meine Amtsvorgänger mit dem Erfolg ihrer Reden gemacht haben. Sprachen wir von unserer friedfertigen Bestimmung, von unserer Friedensbereitschaft, so wurde das von den einen als ein Symptom unserer Schwäche, unseres unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs aufgefaßt, von den anderen als eine hinterlistig gestellte Falle mißdeutet, sprachen wir dagegen von unserem unerschütterlichen Willen, den uns frevelhaft aufgezwungenen Eroberungskrieg erfolgreich abzuwehren, so hörte man auf der anderen Seite die Säbel klirren und es hieß, das sei die Stimme des prehnischen Militarismus, mit dem sich auch die leitenden Staatsmänner wohl oder übel abgefunden hätten. Ich bin dann am 24. Febr. d. J. einen Schritt weiter gegangen. Ich habe damals ausdrücklich Stellung genommen zu der Vorschläge des Präsidenten Wilson. Ich habe seine bekannten vier Punkte besprochen und grundsätzlich meine Zustimmung zu diesen vier Punkten erklärt. Ich habe gesagt, daß diese vier Punkte möglicherweise die Grundlagen für einen allgemeinen Weltfrieden bilden könnten. Jrgendwelche Aeußerungen des Präsidenten Wilson sind darauf nicht erfolgt. Und so hat es gar keinen Zweck, den damals angesprochenen Faden weiterzuspinnen. Es hat um so weniger Zweck nach den Auslassungen, die uns seitdem, insbesondere aus Amerika, zugekommen sind. Diese Auslassungen haben ja wirklich mit Deutlichkeit erkennen lassen, was unter dem Friedensbündel der Völker oder dem Völkerbund für die Erhaltung von Freiheit und Gerechtigkeit zu verstehen sei. (Sehr richtig!) Deutlich ließen ja unsere Gegner erkennen, daß sie der Kern dieses zu bildenden Völkerbundes sein würden, und daß es somit gar keine Schwierigkeiten haben würde, das unbehagliche Aufstreben Deutschlands zu isolieren und ihm durch wirtschaftliche Abschneidung den Lebensodem auszulöschen.

Ich habe es dagegen für durchaus angemessen gehalten, wenn

der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Mitteilungen über die Einzelheiten unserer politischen Lage im Osten, von Finnland bis zum Schwarzen Meere, gemacht hat, zu denen er berufen war, auf Grund seiner Sachkenntnis, auf Grund der Erfahrungen, die er bei seiner mehrmonatigen einspfernden und erfolgreichen Beilegung an den gefährlichen Verhandlungen gemacht hat.

Ich bin der Meinung, daß der Staatssekretär sich dieser Aufgabe durchaus sachgemäß entledigt hat.

Dagegen haben einige seiner Ausführungen, wie ich zu meinem Bedauern konstatieren mußte, in weiten Kreisen eine mehr oder minder erfreuliche Aufnahme erfahren. Auf die von dem Staatssekretär gestreifte Schuldfrage will ich nicht eingehen. Diese Schuldfrage können wir getrost der Geschichte überlassen. Schon jetzt liegen Zeugnisse vor, daß Deutschland nicht schuld am Kriege war, daß Deutschland nicht die Fackel an den Zündstoff gelegt, nicht den Weltbrand entzündet hat.

Des weiteren aber glaube ich verpflichtet zu sein, ein Mißverständnis

anzuräumen, das, wie mir scheint, in der Auffassung des zweiten Teiles der Ausführungen des Staatssekretärs obgewaltet hat. Die Tendenz dieser Aeußerungen des Staatssekretärs war lediglich, die Verantwortung an der Fortsetzung des entsetzlichen Krieges den feindlichen Mächten zuzuschreiben, ganz in dem Sinne, wie ich dies am 24. Februar d. J. getan habe. Denn, meine Herren, von einer Erlahmung unseres energischen Abwehrwillens, von einer Erschütterung unserer Siegeszuversicht kann doch selbstverständlich nicht die Rede sein. (Sturm, anhaltender Beifall.) Nach wie vor, meine Herren, stehen Kaiser und Reich, Fürsten und Völker eng und vertrauensvoll zusammen. Sie vertrauen auf unsere unvergleichlichen Truppen, sie vertrauen auf unsere unvergleichlichen Heerführer, sie vertrauen auf unser einheitslich, unerschütterlich zusammenstehendes Volk, auf seine großartige Haltung, die wir seit Jahren zu bewundern haben. Und wir dürfen hoffen, daß der Allmächtige, der uns bisher geholfen hat, der uns von Sieg zu Sieg geführt hat, diese Treue des deutschen Volkes belohnen werde. (Beifall.)

Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Rühlmann: Graf Westarp hat am Schlusse der gestrigen Verhandlungen, denen ich leider infolge dringender Amtsgeschäfte nicht beiwohnen konnte, verschiedene Kommentare zu meinen Ausführungen gemacht, denen ich zum Teil beitreten kann, zum Teil aber nachdrücklich entgegenzutreten gezwungen bin. Ich habe gestern gesagt: Wenn einmal der Moment gekommen sein sollte — wann er kommt, darüber möchte ich mir gegenwärtig nicht einmal eine Prophezeiung erlauben —, daß die Nationen, die heute kämpfen, in einen Gedankenaustausch eintreten, so wird vor allem auch als Vorbedingung nötig sein, daß man ein gewisses Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Mitterlichkeit der Gegenseite faßt. Solange jede Eröffnung eines solchen Gedankenaustausches von dem anderen Teil als Friedensoffensive, als Falle, als falsche Unternehmung, um Zwietracht zwischen den Verbündeten zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern sofort auf das heftigste bekämpft wird, solange ist es nicht abzusehen, wie irgendein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führt. Ohne einen solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen, auch überseeischen Mächte, durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein Ende nicht erwartet werden können. (Lebh. Zurufe: Lesen Sie aus dem unforgierten Stenogramm?) — Ich habe in meinem Stenogramm nichts korrigiert, was den Sinn meiner Rede berührt. (Zwischenrufe: Unruhe.) — Ich fahre in der Verlesung fort: „Unsere Stellung auf den Schlachtfeldern, die ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, die feste Entschlossenheit im Innern gestatten uns, eine solche Sprache zu führen. Wir hoffen, daß unsere Gegner einssehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an einen Sieg der Entente Traum und Illusion ist; sie werden, wie Asquith von uns erwartet hat, seinerzeit den Weg finden, mit einem Friedensangebot an uns heranzutreten, welches den deutschen Interessen entspricht und den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügt.“ Nun hat Graf Westarp in seiner Rede davon gesprochen, daß ich einen Appell an den guten Willen Englands gerichtet hätte. Das ist mir total ferngelegen. Dieser Appell richtet sich an niemand besonders, und aus dem Zusammenhang meiner Rede geht klar hervor, was die Absicht war: nämlich daß Verhandlungen von Parlament zu Parlament und von Rednerbühne zu Rednerbühne uns — darüber wird schließlich allgemeine Uebereinstimmung herrschen — auf dem Wege zu einer Lösung kaum mehr wesentlich fördern können. Also bleibt nichts übrig, als der Weg der vertraulichen oder diplomatischen Fühlungnahme. Dieser Weg wird gleichfalls hoffnungslos verbaut, wenn von den Gegnern jede derartige Anregung von vornherein als aus male fides hervorgehend bezeichnet wird. Meine Absicht war, dabei zu zeigen, daß die Gegner jeden Weg, der zur Verständigung führen kann, vollständig verrammeln. Weiter hat Graf Westarp ausgeführt, die Aufforderung, uns nicht jeden guten Glauben abzuspüren, sei bei den Engländern an die falsche Adresse gerichtet.

Ich beziehe mich auf das eben Gesagte; solange die Gegner nichts, was wir sagen, als geeignete Grundlage ansehen — wie soll da eine Diskussion zustandekommen? Dann hat Graf Westarp gesagt, aus gutem Willen würden unsere Feinde nicht in Verhandlungen

eintreten, sondern sie müßten dazu gezwungen werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich unterstreiche jedes Wort, aber wo ist der Appell an den guten Glauben? Haben wir nicht Siege zu verzeichnen so groß, wie sie die Geschichte kaum verzeichnet? Erwarten nicht unsere Feinde, wie ihre Presse zeigt, jede Minute neue große Schläge? Sind das nicht Momente, die bei ihnen die Ueberzeugung oder Nachdenklichkeit darüber auslösen können, ob es nicht verständiger wäre, jetzt den Weg der Verhandlungen zu beschreiten? Graf Westarp meint, die Voraussetzung für einen guten Frieden bleibe der Sieg unserer Waffen. (Zustimmung rechts.) Dem stimme ich vollkommen zu. Der Sieg ist auf unserer Seite, und wir hoffen auch in Zukunft zu siegen, solange bis die Gegner zu Eröffnungen bereit sind, welche der Lage entsprechen und den deutschen Lebensnotwendigkeiten Genüge tun. Ferner hat Graf Westarp ausgeführt, wie unser gutes Schwert den Frieden im Osten gebracht hat, so wird das Schwert auch den Frieden im Westen bringen müssen. Der Verlauf im Osten ist der gewesen, daß die Gegner, als sie einsahen, daß weiterer Widerstand nur noch überflüssige Opfer bedeute, die Russen auf dem Wege des Bruchstoffs, die Ukrainer auf dem Wege der Delegation nach Brest-Litowsk, die Rumänen auf dem Wege diplomatischer Verhandlungen uns ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, in Verhandlungen einzutreten. In der Rede des Grafen Westarp hieß es weiter, die Fassung meiner Erklärungen habe es vielleicht zweifelhaft erscheinen lassen können, ob ich auch der Meinung gewesen wäre, die ich soeben ausgesprochen habe. Ich lege den größten Wert darauf, festzustellen, daß ich durchaus dieser Meinung gewesen bin. Uebrigens geht aus den Worten des Grafen Westarp, er könne sich nicht denken, daß ich anderer Meinung gewesen wäre, aus diesen Worten, die Graf Westarp zu einer Zeit gesprochen hat, als ich bereits den Reichstag verlassen hatte, ohne das Stenogramm meiner Rede vorher gesehen zu haben, ein Beweis dafür, daß ich daran nichts geändert haben kann. Das gebe ich den Herren zu bedenken, die vorhin der Meinung Ausdruck gegeben haben, ich hätte das Stenogramm geändert. (Sehr gut! links und im Zentrum.) Schließlich hat Graf Westarp mir den Gedanken zugesprochen, ich wolle nicht die Entscheidung durch die Waffen, sondern nur durch Verhandlungen herbeiführen. Dagegen muß ich auf das entschiedenste protestieren. Graf Westarp hat selbst gesagt, er könne sich nicht denken, daß ich eine solche Meinung gehabt hätte. Der Sinn meiner Rede war direkt und klar und in dem Hineinschieben des „nur“ liegt eine direkte (der Staatssekretär zögert einen Augenblick mit dem Weiterprechen) Umkehrung dessen, was ich gesagt habe, daß nämlich durch rein militärische Erfolge allein, ohne diplomatische Verhandlungen, das Ende nicht herbeigeführt werden könne. Dabei lag der Schwerpunkt auf den militärischen Erfolgen und die diplomatischen Verhandlungen wurden nur als sekundär gekennzeichnet. Hätte ich das gesagt, wovon Graf Westarp sagt, er könne sich nicht denken, daß ich es hätte zum Ausdruck bringen wollen, dann wäre Ihr Angriff in vollem Maße gerechtfertigt.

Abg. Rammann (Vpt.): Die Lage ist für Deutschland so günstig, wie noch nie während des Krieges. Deshalb können wir uns auch ganz offen über die Kriegs- und Friedensfrage aussprechen. Durch den Frieden von Brest-Litowsk ist die Ostfront entlastet, wir sind nicht mehr umstellt, sondern der Kampf wird nur noch an einer Front, der Westfront, ausgekämpft. Bei uns ist der Krieg ein Verteidigungskrieg, den wir für unsere höchsten Güter führen. Deshalb habe ich auch keine Sorge, daß das heilige Feuer der Hingabe leiden kann durch unsere Aussprache oder durch die Worte, die der Staatssekretär gebraucht hat, oder durch das, wie sie ausgelegt werden, und zwar um so weniger, als die Meinung, die der Staatssekretär ausgesprochen hat, überaus weit auch im Volke und auch beim Mann im Schützengraben verbreitet ist. (Lebh. Zustimmung links.) Die Reden der englischen Minister sind auf einen Ton gestimmt, der erkennen läßt, daß sie ihrem Volke nicht sagen wollen, wie ehrlich bei uns Deutschen der Friedenswille ist. Als Beweis für unsere Unehrlichkeit führen sie an, wir geben keine genauen Kriegsziele an. Durch die Volkswissen haben wir erfahren, wie unsere Feinde selbst neben ihren öffentlich angekündigten Zielen noch geheime Abmachungen über allerlei Eroberungen geschlossen haben. Und auch alle ihre öffentlich dargelegten Ziele sind nicht so klar, wie die von Deutschland unter Zustimmung der Obersten Heeresleitung und der Reichstagsmehrheit erteilten Antwort auf die Papstnote. (Lebh. Zustimmung links.) Immerhin ist man bei uns den Presseäußerungen gegenüber noch freier wie in England und Frankreich. (Zuruf links: Zensur!) Die besteht auch in England. Wenn man sagt, es muß gekämpft werden, bis der eine tot ist, so muß man doch auch fragen, was soll geschehen, wenn beide halbtot sind? Was wird denn dann aus der Welt? Das sind keine Uebertreibungen. Wir müssen uns fragen, wo sind denn die Menschen und die Mittel, um alles Zerwürde wieder aufzubauen, und dann entsteht die Frage: Ist alles, was wir gewinnen können, nicht kleiner als das, was wir sicher verlieren? (Lebh. Sehr wahr! links.) Unser Volk vertraut auf das Auswärtige Amt, auf den Reichskanzler, der sein Amt durch das Vertrauen des Kaisers und des Volkes erhalten hat. Durch militärische Mittel allein wird der Frieden nicht herbeigeführt werden können, es gehört dazu auch das

Eindringen des Friedensgedankens in den Geist und das Gewissen der Völker.

Abg. Stresemann (Nat.): Der Redner hat eine glänzende Apologie der gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs versucht, des Teils seiner Rede, den er heute aufgegeben hat. Ich halte mich an die heutige Rede des Reichskanzlers und die heutigen Ausführungen des Herrn v. Kühlmann. Seine gestrige Rede hat auf uns äußerst niederdrückend gewirkt. (Lebh. Zustimmung b. d. Nat.) Wie konnte ein Satz ausgesprochen werden, der die Auslegung zuließ, als wenn unsere militärischen Erfolge nicht derartig werden sollten, daß sie allein imstande wären, den Frieden zu schaffen. Wie ist denn der Frieden im Osten zustande gekommen? Nicht durch Hin- und Herreden der Diplomaten, durch keine Friedensresolution, sondern durch Ludendorffs Hammer. (Stürmische Zustimmung rechts und b. d. Nat. Ruf des Abg. Herzfeld (U. S.): Nein, durch die Volksherrschaft!) Aufgabe unserer Diplomaten wäre es, die Siege des Heeres zu unterstützen; man darf nicht sagen können: Zu siegen, Deutschland, verleihe du, den Sieg diplomatisch zu benutzen, verleihe du nicht. — Redner polemisiert weiter gegen die Ausführungen des Staatssekretärs über die Schuld am Kriege. Die Entlastungsoffensive für die Engländer hätten wir besser der Erbkrone des Londoner Parlaments überlassen. — Den positiven Kriegszustand des Staatssekretärs können wir zustimmen, zumal sie verschiedener Auslegung fähig sind. Wir halten es nicht für angebracht, jetzt auszusprechen: das und das müssen wir erringen. Darauf darf man sich nicht festlegen. Aber wenn der Sieg errungen ist, dann muß er auch benutzt werden, um die realen Sicherungen zu schaffen, deren wir bedürfen. Das Vertrauen der Flamen, die die Selbständigkeit und die Freundschaft mit Deutschland erstreben, dürfen wir nicht enttäuschen. Mögen diese Wünsche Berücksichtigung finden, wenn es sich um die zukünftige Gestaltung Belgiens handelt. (Bravo! links.)

Im Osten konstituiert man einen Gegenstab zwischen Militär und Zivilbevölkerung. Dabei vergißt man, daß das Militär immer erst herangeholt wird, wenn die Sache brennend wird. — Handel und Wandel in Riga liegen vollständig darnieder unter der militärischen Verwaltung. Wir müssen eine innere Verbindung herstellen mit dem herrenbewußten baltischen Volke. In bezug auf Estland und Livland macht die Regierung es einem nicht leicht, sie zu unterstützen. Wo Türken und Armenier zusammenstoßen, sucht der eine Teil den anderen auszurotten. Wir müssen dafür eintreten, daß beim türkischen Vormarsch Grausamkeiten unterbleiben, das georgische Volk, das sich an uns gewandt hat, müssen wir unterstützen. — In Indien gärt es ungemein gegen die englische Herrschaft; wir haben jedenfalls die größte Sympathie mit den für ihre Selbständigkeit eintretenden Indiern. — Ob für unser Verhältnis mit Polen militärische Sicherungen notwendig sind, müssen die Militärs entscheiden.

Abg. Haase (Unabh. Soz.):

Meine Herren, noch niemals hat der Reichstag eine solche Szene erlebt, wie bei Beginn der heutigen Sitzung. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Der Herr Reichskanzler hat es gekonnt nicht für notwendig gefunden, das Wort zu den großen politischen Fragen, die uns und unser ganzes Volk beschäftigen, zu ergreifen. Aber auf das Situationsbild der konservativen und der industriellen Scharfmacher, vielleicht auch infolge eines bestimmten Telegramms aus einer bestimmten Windrichtung hin, sicherlich infolge einer Mißfallenskundgebung unserer Militärpartei ist er heute in das Haus geeilt, zwar nicht um uns neue Aufklärung zu geben, sondern um den Herrn Staatssekretär abzuschütteln. (Sehr gut! links.)

Meine Herren, vor dem ganzen Volke hat der Herr Reichskanzler dem Herrn Staatssekretär des Auswärtigen

die seidene Schur überreicht,

und Herr v. Kühlmann hat gehorsam sich dieser Einrichtung gefügt und hat sich vor dem ganzen Volke die Schur um den Hals gelegt. (Heiterkeit.) Ich glaube, daß alle Welt darüber einig sein wird, daß der Staatssekretär v. Kühlmann es nicht verstanden hat, auch nur einigermaßen in Schönheit zu sterben. (Sehr richtig! b. d. U. Soz. — Heiterkeit.) Kein Anflug von Würde, mit einer geradezu menschlichen Peinlichkeit brachte er vor den Konservativen, die es lange auf seinen Sturz abgesehen hatten, seine Entschuldigung vor. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.); er bemühte sich krampfhaft, im Gegensatz zu seinen gestrigen Ausführungen den Konservativen klar zu machen, daß er im Grunde mit ihnen übereinstimme. Ein Notau vor dem anderen wurde von ihm vor den Konservativen gemacht, die aber ihrem ganzen politischen Charakter nach kalt und hart wie immer blieben. Er hat keine Gnade vor ihnen gefunden; er ist erledigt und Sieger ist Graf Westarp geblieben. (Sehr richtig! b. d. U. Soz. und Jufufe.) Ein Beweis dafür, daß der Reichskanzler Graf Hertling, über dessen politische Anschauungen wir uns nicht einer Täuschung hingeben haben. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.), durch und durch konservativ von jeder gewesen war und es noch ist und sich zu den Konservativen hingezogen fühlt. Kein Wort von der bekannten Rede des Abg. Grafen v. Westarp hat der Reichskanzler heute zurückgewiesen. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Diese Rede muß deshalb als

der klare Ausdruck der Machtverhältnisse in unserer Reichsleitung angesehen werden. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.)

Herr Graf Westarp hat deutlich mit aller Bestimmtheit das ausgesprochen, was die ganze Militärpartei will. Bei uns herrscht die Militärpartei. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Das wissen wir seit langem; denn die Herren Graf v. Hertling, Payer,

v. Kühlmann und wie sie sonst heißen, sind nur die Zeigenblätter für die Militärautorität. (Sehr richtig! b. d. U. Soz. Jufufe rechts.) Es wäre überaus erfreulich, wenn die hier und da unklar gemachte Situation endlich einmal voll geklärt würde, wenn, mit einem Wort gesagt, auf den Reichskanzlerplatz der Mann kommt, der in Deutschland regiert:

der General Ludendorff

(Sehr richtig! b. d. U. Soz. — Jufufe rechts), und als seine Handlanger diejenigen Herren mißbrachte, die er für die Ziele seiner Politik für geeignet hält.

Meine Herren, Herr Graf Westarp hat uns klargemacht, was er, was die Vaterlandspartei, was die Militaristen, die hinter ihm stehen, wollen: die flandrische Küste muß unter deutschen Einfluß gelangen, weitere Annektionen müssen vollzogen werden, je nachdem die Kriegslage es gestattet; der Kampf mit England muß bis zum bitteren Ende durchgeführt werden. Verständigung der Völker unter keinen Umständen, mag auch das eigene Volk zugrunde gehen (Widerpruch rechts); bis zum äußersten muß gekämpft werden. Das liegt doch wohl darin, wenn er sagt: daß es sich um Sein oder Nichtsein handelt.

Herr v. Kühlmann meinte gestern, daß kein verständiger Mensch in Deutschland die deutsche Welt Herrschaft verlangt habe. Da muß Herr v. Kühlmann die Literatur, die sich bergehob über diese Frage aufgearbeitet hat, vollständig übersehen haben, und da er ja jetzt einigermaßen Ruhe finden wird, (Heiterkeit), um außerhalb des Amtes Studien zu machen, so bin ich gern bereit, ihm auch einen Teil dieses Materials zur Verfügung zu stellen. Das war ein Unglück für uns, daß vor dem Kriege angesehene Männer nicht nur sprachen, sondern drucken ließen,

daß Deutschland unter allen Umständen die Welt regieren müsse.

Und klangen nicht ganz ähnliche Gedanken aus einer Rede wieder, die ganz vor kurzem gehalten wurde? (Sehr gut! b. d. U. Soz.) Aus einer Rede, in der es hieß, die prehnisch-deutsch-germanische Weltanschauung müsse mit der angelsächsischen ringen, und in der weiter ausgeführt wurde: die eine muß unbedingt überwunden werden. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Nicht in Tagen und Wochen, es könnte dazu auch Jahre dauern. Meine Herren, es ist wirklich kaum zu begreifen, wie jemand glauben kann, daß es sich hier bei dem großen blutigen Ringen um den Kampf zwischen Weltanschauungen handelt, und daß insbesondere bei dem Vertreter der einen Weltanschauung das Geld, der Tanz nach dem Gelde die ausschlaggebende Rolle spiele. Nun, ich meine, — und darüber dürfte alle Welt einig sein —, es hat sich in diesem Kriege gezeigt, daß der Tanz um das goldene Kalb ebenso wild bei uns wie in England und Amerika getanzt wird. (Lebh. Zustimmung b. d. U. Soz.) Etwas anderes ist es allerdings, wenn man hinter diesen Anschauungen die imperialistischen, nach Welt Herrschaft strebenden Mächte sieht. Die wollen allerdings den Kampf auf Leben und Tod durchführen, möge es kosten, was es wolle, möge die ganze Zivilisation zugrunde gehen, mag unser eigenes Volk am letzten Ende auch nur einen Trümmerhaufen darstellen.

Herr Stresemann hat ganz im Tone des Grafen Westarp hier erklärt, daß wir unter allen Umständen den Sieg davon tragen werden. Er hat wiederum mit einer Ueberhebung, wie wir sie vielfach in den Zeiten dieses Krieges hier erlebt haben, von den anderen Nationen gesprochen. Nun, ich erinnere mich sehr gut — und Sie wohl auch, meine Herren —, wie oft wir während der Dauer dieses Krieges von maßgebenden Persönlichkeiten in der Regierung gehört haben, daß unser Sieg unmittelbar bevorstehe, und wie die Gegner bald niedergedrückt sein würden. Am 1. Februar 1917, als die folgenschwere Entscheidung gefallen war, daß wir zu dem unbefchränkten Ueberseebootskrieg übergingen, hat der damalige Staatssekretär Helfferich in der Budgetkommission gesagt:

Wie die Dinge liegen, besteht für mich keine Hoffnung, daß Amerika in die Lage kommen wird, überhaupt noch in den Krieg effektiv einzutreten. (Hört, hört! und Lachen b. d. U. Soz.)

Und der Herr Staatssekretär der Marine, Herr v. Capelle, erklärte:

In militärischer Hinsicht erachte ich die Störung durch den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg auf Seiten unserer Gegner für Null. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Es müssen erst einmal die oft genannten Hunderttausende von Freiwilligen in Amerika gefunden werden. Meinestwegen sollen Hunderttausende von Leuten in den Vereinigten Staaten aufgestellt werden; wie wollen sie nach England herüberkommen? Wenn sie sie wirklich zusammenbrächten — eine bessere Jagdbeute für unsere U-Boote auf der hohen See könnten wir uns doch gar nicht vorstellen. (Lachen und Jufufe b. d. U. Soz.)

Und heute sind nach zuverlässigen Nachrichten 200 000 Amerikaner auf französischen Boden geschafft worden, und von den amerikanischen Transportschiffen, die diese Truppen beförderten, ist kein einziges torpediert worden.

Meine Herren, wenn die Männer, die auf diesen Gebieten die volle Sachkunde für sich in Anspruch nehmen und auf die gewöhnlichen Politiker manchmal geringschätzig herabsehen, sich als so schlechte Propheten erweisen, dann werden Sie auch den Prophezeiungen des Herrn Grafen v. Westarp, des Herrn v. Hendebrand, der ja das Ende des Krieges vor kurzem für dieses Jahr vorausgesehen hat, wie des Herrn Dr. Stresemann mit großem Mißtrauen gegenübersehen. (Sehr gut! b. d. U. Soz.)

Dann haben die Herren darauf hingewiesen, daß unsere deutschen Waffen uns den Frieden im Osten errungen hätten, und daß es im Westen ebenso gehen werde. Dabei übersehen die Herren vollständig die Zustände im russischen Reich und in anderen Reichen,

die hier beteiligt sind. Rußland war durch und durch zermürbt, wurstichtig, lange bevor es in den Krieg ging. Es drohte in jedem Augenblick auseinanderzubrechen. Der Krieg gab ihm die letzten Schläge. Und wenn es trotz alledem zum Frieden kam, so lediglich, weil die Regierung der Bourgeoisie, die im Anfang in Rußland am Ruder war, verschwand, und weil an ihre Stelle die Sowjetrepublik trat, die es als ihre wichtigste Aufgabe betrachtete, zunächst Frieden zu schaffen für das Land, damit jenes vielgeprüfte Volk sich endlich wirtschaftlich und sozial erholen könne. Die Herren sind heute wiederum, den Spuren des Herrn Reichskanzlers folgend, auf die Vorgeschichte des Krieges und auf die Schuld am Kriege eingegangen. Von dem, was ich früher in der Beziehung gesagt habe, habe ich kein Wort zurückzunehmen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.), sondern alles, was seitdem bekannt geworden ist, hat die Auffassung bestärkt, die wir vertreten. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Wir können keinen Augenblick vergessen, wie der Krieg entstanden ist: daß es Oesterreich-Ungarn war, das durch sein Ultimatum an Serbien den Krieg herbeizwang und herbeizwingen wollte. (Lebh. Zustimmung b. d. U. Soz. Widerpruch.) Und wir wissen, daß Deutschland nach den Erklärungen des deutschen Reichsbuch selbst Oesterreich volle Macht in die Hand gegeben hatte, sich von vornherein verpflichtet hatte, die Schritte Oesterreichs in dieser Beziehung zu billigen. (Sehr wahr! b. d. U. S.)

Meine Herren, die Rede, der Krieg sei frevelhaft aufgezwungen, die wir von jeder Regierung hören, die gerade für ihre Rechtfertigung das Wort ergreift, macht auf uns und auf die breiten Massen des Volkes keinen Eindruck, längst nicht mehr. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Die Situation, wie sie gestern durch die Rede des Herrn v. Kühlmann geschaffen wurde, ist vollständig verändert worden. Herrn v. Kühlmanns Rede konnte uns in keiner Weise befriedigen. Aber objektiv müssen wir zugeben, daß er sich bemüht hatte, mahvoll zu sprechen. Alles, was er vielleicht aufzurichten versuchte, wenn auch mit unzulänglichen Mitteln,

das ist durch die Rede des Herrn Reichskanzlers völlig zerschlagen worden.

(Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Es kann in keiner Weise genügen, daß, wie der Herr Staatssekretär es gestern tat, für Deutschland die Unversehrtheit des Territoriums gefordert wird, daß aber in keiner Weise die Erklärung abgegeben wird, daß auch wir unter allen Umständen das Territorium der andern achten werden, und ich vermissen gerade jetzt eine Erklärung darüber, ob die Pläne über Longwy und Brien und über die Grenzberichtigungen in den Vogesen aufgegeben sind oder nicht. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Im Homme libre Clemenceaus ist in voriger Woche ein Dokument abgedruckt worden, das bei gefangen genommenen deutschen Soldaten gefunden worden ist, eines jener Dokumente, die wir kennen und die die Grundlage bilden für den sogenannten Aufklärungsdiens an der Front. In diesem Dokument wird ausdrücklich die Forderung nach Longwy und Brien und anderen Grenzberichtigungen in den Vogesen ausgesprochen (Hört, hört! b. d. U. Soz.), und mit großer Freude nimmt auch Clemenceau davon Kenntnis. Das stärkt seine Position.

Was über Belgien gesagt wurde, ist geradezu ein Rückschritt gegenüber den früheren Erklärungen, die wir in der letzten Zeit gehört haben; Belgien soll nach wie vor ein Kompensationsobjekt bilden. Ueber Belgien ist kein Wort zu reden. Ist genug haben wir dargelegt, daß der Ueberfall Belgiens durch nichts zu rechtfertigen war. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.), auch nicht durch den von Bethmann Hollweg proklamierten Notstand, in dem Deutschland sich befunden hat. Es war ein Bruch des Neutralitätsvertrages, auf den das belgische Volk nicht gesacht war. Herr Stresemann hat gemeint, die Erklärung des Rates von Flandern, die er heute vorlas, würde von dem ganzen Hause mit tiefer Bewegung aufgenommen werden. (Heiterkeit b. d. U. Soz.) Meine und meiner Freunde Gefühle sind ganz andere gewesen (Zuruf von den Nat.), und weit über unsere Kreise hinaus alle diejenigen außerhalb dieses Hauses, die den Mut haben, sich offen auszusprechen über das Nachwerk, das uns hier geboten ist. Sie wissen so gut wie wir, Herr Stresemann, daß in Flandern selbst alle ausländigen Elemente nur mit Berachtung von dem sogenannten Rat von Flandern sprechen. (Sehr richtig! b. d. U. Soz. Lebh. Pfäufufe.)

— Meine Herren! Es ist eine Tatsache, die Sie durch kein Pfl aus der Welt schaffen. Sie kennen die flämische Bewegung vielleicht so gut wie ich. Sie wissen, daß bis zum Kriege kein Mensch von den Flamen daran gedacht hat, an Deutschland sich anzuschließen, daß jeder Versuch, der in dieser Beziehung hier und da auftauchte, aufs entschiedenste zurückgewiesen wurde. Sie wissen ganz gut, daß die Flamen in Belgien nicht unterdrückt waren, daß sie vielmehr die Mehrheit im Parlament hatten und deswegen in der Lage waren, durch ihre eigenen Leute im Parlament durchzusetzen, was im Interesse des Volksstammes lag (Zuruf von den Nat.), und wenn die Flamen, Einwohner, Bürger des Landes, das am 8. August 1914 überfallen worden ist, sich in einem Schriftstück dazu hergeben, von einer Notwehr des andern zu sprechen, so ist über sie das Urteil gesprochen und über alle diejenigen, die sich auf die Seite dieser Leute stellen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz. — Zuruf von den Nat.) — Dieses Urteil ertrage ich gern. Es hat sich heute ein Redner bemüht, Herr Naumann, wie gestern Dr. David,

die Friedensresolution vom 19. Juli vorigen Jahres an galvanisieren.

Es weiß jetzt jedermann, daß diese Friedensresolution vom 19. Juli vorigen Jahres tot zur Welt gekommen ist; sie hat nie gelebt. Aber wie man jetzt noch den Versuch machen kann, sie lebendig zu machen, ist mir unbegreiflich, nachdem die Herren Trimborn und

Jehrenbach — um nur einige vom Zentrum zu nennen — Dr. Müller-Meinigen und Dr. Biemer — um nur einige von der Freisinnigen Volkspartei zu nennen —, nachdem die Vertreter der Zentrumspartei und der Freisinnigen Volkspartei sich von dieser Resolution losgesagt haben. Auf dem Wege einer solchen Resolution kommen wir nicht zum Frieden. Diese Resolutionen haben jeden Wert, den sie vielleicht hier und da noch bei naiven Gemütern gefunden haben, völlig verloren. Dazu sind ganz andere Mächte notwendig. Es gilt nicht nur, den Friedenskampf aufzunehmen gegen die Herren Grafen v. Bessary, Dr. Stresemann und die großen Faktoren, auf die sie sich stützen, sondern die Volksmassen, die den Frieden wollen, müssen endlich ihre ganze Kraft in die Waagschale werfen (Sehr wahr! h. d. U. Soz.), um diese Einflüsse zu beseitigen.

Ich wende mich danach den Dörfen zu.

Herr v. Kühlmann hat es als eine Vorbedingung für den Gedankenaustausch unter den Nationen bezeichnet, daß man ein gewisses Maß des Vertrauens in die gegenseitige Anständigkeit und Nützlichkeithaben müsse. Das ist ganz richtig; aber hat denn die deutsche Regierung alles getan, um Vertrauen zu gewinnen? Die Ausherrung des Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg, daß der belgische Neutralitätsvertrag nur ein Fegenspapier sei, hat eine geradezu verheerende Wirkung im neutralen Ausland ausgeübt, und dieses verhängnisvolle Wort ist wieder aufgefrischt und lebendig geworden in der Politik, die unsere Regierung gegen Rußland nach Abschluß des Breslauer Friedensvertrages eingeschlagen hat. Der Friedensvertrag mit Groß-Rußland ist durch seine Ratifikation in Kraft getreten. Im Artikel 1 dieses Vertrages ist der Entschluß der vertragschließenden Teile bekräftigt worden, fortan in Frieden und Freundschaft miteinander zu leben. Meine Herren, die hier wohnenden Russen werden aber trotz dieser feierlichen Proklamation noch immer nicht wie Angehörige eines befreundeten Volkes, sondern wie feindliche Ausländer behandelt (Hört, hört! h. d. U. Soz.), selbst diejenigen unter ihnen, die in Deutschland geboren und erzogen sind, stets hier gelebt haben und nie mit dem Gesetzen in Konflikt geraten sind.

Soll diese Behandlung, so frage ich die Regierung, friedlicher Einwohner eines befreundeten Staates andauern? Es ist höchste Zeit, dem Geiste und dem Gedanken des Friedensvertrages Geltung zu verschaffen.

Das gilt freilich, meine Herren, nicht nur in dieser Beziehung.

Es ist kein Artikel des Friedensvertrages, der nicht seit der Ratifikation des Vertrages verletzt worden ist. (Hört, hört! h. d. U. Soz.) Im Artikel 3 des Friedensvertrages ist die Grenze Rußlands bestimmt und festgelegt. Bei Unterzeichnung dieses Vertrages hat General Hoffmann namens der Obersten Heeresleitung mit großem Nachdruck erklärt, daß jedes nach 1 Uhr mittags am 3. März von deutschen Truppen besetzte Gebiet unverzüglich geräumt werde. (Hört, hört! h. d. U. Soz.) Es ist den russischen Unterhändlern die beruhigende Versicherung gegeben worden, daß sie nicht etwa glauben sollten, wenn noch irgendwelche Truppenverschiebungen geschähen, daß die dauernder Natur seien. Bis heute ist die Zusicherung des Generals Hoffmann nicht erfüllt. Die deutschen Truppen haben keinen Fußbreit des von ihnen besetzten Gebietes geräumt. (Hört, hört! h. d. U. Soz.) Sie haben zum Beispiel am 6. März noch den Güterbahnhof Orscha besetzt und halten ihn auch heute in Besitz. Sie haben in der Nähe von Narwa die im Vertrage festgesetzte Grenzlinie überschritten und sich am rechten Ufer festgesetzt. (Hört, hört! h. d. U. Soz.) Ich frage die Regierung, wie dieses Vorgehen mit ihrer Auffassung über Vertragstreue vereinbar ist. Will die Regierung ihr gegebenes Wort in Ehren bringen, so hat sie freilich noch sehr viel mehr zu tun. Für das Vorrücken unserer Truppen in die Krim, in das Dongebiet, in das Kaukasusgebiet gibt es nach dem Friedensvertrag keine Rechtfertigung. (Sehr richtig! h. d. U. Soz.) Hier liegen

Krafte Vertragsbrüche

vor, die mit voller Absicht in Widerspruch zu dem Friedensvertrag ausgeführt sind. Herr v. Kühlmann hat sich geherrt über die Befehle der Krim mit einer Nonchalance geäußert, als ob es sich dabei um die gleichgültigste Sache der Welt handelte. Die Befehle der Krim, sagte er, hat zu gewissen Zwischenfällen Anlaß gegeben. (Lachen h. d. U. Soz.), welche jetzt in befriedigender Weise beigelegt worden sind. Zwischenfälle sind aber erst die Folge der Befehle, die einen groben Gewaltakt darstellen. Was ist denn nun geschehen, so frage ich, um diesen Gewaltakt zu sühnen und den angerichteten Schaden so weit wie möglich wieder gutzumachen?

Ueber das Dongebiet hat sich der Herr Staatssekretär ganz ausgeschwiegen. Die russische Regierung hat auch nicht den geringsten Vorwand zu dem Einbruch in dieses Territorium ihres Staates gegeben wie überhaupt nirgends. Im Norden rücken unsere Truppen in der Richtung von Woroneß und Kursk vor. Es erhebt sich die Frage: was ist der Zweck dieser Politik? Der russische General Grodowski hat in seiner Koftower Zeitung offen erklärt, daß er bei den Ueberfällen seiner Banden auf die Anhänger der russischen Regierung, mit denen wir den Friedensvertrag abgeschlossen haben, bei den deutschen Behörden überall Sympathie und aktive Hilfe gefunden habe (Hört, hört! h. d. U. Soz.), daß diese Behörden gleich ihm

das Niederwerfen der Volksherrschaft als ihre Hauptaufgabe betrachten.

(Hört, hört! h. d. U. Soz.). Damit hat er die Absicht enthüllt, diejenige Regierung zu stürzen, derjenigen Regierung Ungelegenheiten zum mindesten zu bereiten, mit der unsere Regierung den Friedensvertrag abgeschlossen hat, mit der sie bis zu dieser Stunde in diplomatischem Verkehr steht. (Sehr wahr h. d. U. Soz.)

Wegen dem Wunsche, aus den reichsweitig besetzten Gebieten an Rohstoffen und Materialien heranzuholen, was sich dort irgend findet, den Bewohnern ohne Recht das Wegzunehmen, was sie irgendwie noch haben, ist das Bestreben überall leitend, die konterrevolutionäre Bewegung zu unterstützen, die Demokratie zu unterdrücken. (Sehr richtig! h. d. U. Soz.)

Wie ein Hohn klingt dagegen die Feststellung in Artikel 2 des Friedensvertrages, daß die vertragschließenden Teile jede Agitation oder Propaganda gegen die Regierung oder die Staats- und Heereseinrichtungen unterlassen werden. Hier treibt man nicht nur Propaganda und Agitation gegen die russische Regierung und gegen die russischen Staatseinrichtungen, sondern

leibt jedem Aufstande Hilfe,

zu dem sich irgendwelche Spielgesellen auf den weiten Gebieten Rußlands finden. Solche Kreaturen sind leicht gefunden, namentlich wenn man ein Interesse hat, daß sie auf der Bildfläche auftauchen. Meine Herren, ist das die weise Zurückhaltung, ist das die äußerste Vorsicht, die der Herr Staatssekretär v. Kühlmann geherrt als Vertreter seiner Politik gegen Rußland angegeben hat?

Der Herr Staatssekretär hat gestern eine ganz andere Eigenschaft an den Tag gelegt, nämlich die Fähigkeit, einen klaren Tatbestand in sein Gegenteil umzuwenden, wie wir es selten erlebt haben. Er hat mit ruhiger Gelassenheit vor dem deutschen Parlament, daß ja den Friedensvertrag in Händen hat, behauptet, daß der Türkei durch diesen Vertrag die Kreise in Transkaukasien zugesprochen worden seien, welche sie 1878 an die Russen verloren hätte. Diese Geschichtsverstellung unserer Regierung fordert dem schärfsten Widerspruch heraus (Hört, hört! h. d. U. Soz.) und muß im ersten Augenblick auf das allerschroffste abgelehnt werden. Jene Kreise sind im Friedensvertrag

den Türken nicht zugesprochen worden.

Im Artikel 4 des Friedensvertrages ist vielmehr ausdrücklich bestimmt, daß Rußland es der Bevölkerung der Bezirke Astrachan, Kars und Batum überläßt, die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse dieser Bezirke im Einvernehmen mit den Nachbarstaaten, namentlich der Türkei, durchzuführen. (Hört, hört! h. d. U. Soz.) Der Bevölkerung dieser Bezirke ist somit kraft ihrer Selbstbestimmung das Recht eingeräumt worden, sich eine Verfassung zu geben und völkerrechtliche Beziehungen anzuknüpfen. Sie sind nicht der Türkei einverleibt worden. Die Bevölkerung der drei genannten Gebiete hat bei den Wahlen zur russischen Duma und bei der Wahl zur konstituierenden Versammlung jetzt in diesem Jahre unabweislich zum Ausdruck gebracht, wie sie politisch denkt, und daß sie durchaus nicht zur Türkei gehören will. (Hört, hört! h. d. U. Soz.)

Es war in der Budgetkommission auch darüber gar kein Streit. Diese Frage ist aber von der allergrößten Bedeutung, wie ja selbst Herr Stresemann angedeutet hat. Hängt doch von ihrer Beantwortung ab, ob die Armenier vollständig der Ausrottung preisgegeben werden sollen. Die erschütternden Differenzen der Armenier wird wohl niemand, der sie vernommen hat, sein Leben lang vergessen.

Während des Krieges hat die Türkei etwa 800 000 Armenier massakriert.

Hier im Hause ist von Mitgliedern der verschiedensten Parteien, auch von dem Berichterstatter in der Kommission, Herrn Prinzen von Schönals-Carolath, das unermessliche Schicksal, das dieser Stamm erlitten hat, bekannt geworden und die bestialische Art, mit der die Ausrottung vorgegangen ist, gebrandmarkt worden. Circa 300 000 Armeniern ist es gelungen, vom türkischen Gebiet nach Kaukasien zu fliehen und sich damit der Ausrottung durch die Türkei zu entziehen. Sie sind zu ihren Stammesgenossen nach dem Kaukasus gekommen. Aber Hunderttausend sind, wie allgemein berichtet wird, durch Hunger und Krankheiten inzwischen ebenfalls umgekommen. (Hört, hört! h. d. U. Soz.) Jetzt ist der Rest von 200 000 Menschen auf Schwerter von der Blutiger der Türkei bedroht. Als die Türken im Kaukasus widerrechtlich im Gegensatz zu dem Friedensvertrag einrückten, flohen die Armenier nach den einzelnen Ortschaften, namentlich nach Ardahan und Olti. Am 15. März drangen die Kurden mit dem bekannten Agga Abdullah an der Spitze in die Häuser, in denen Armenier wohnten und die in der Nacht vorher mit Feigen versehen worden waren, ein, schleppten die Männer heraus, machten sie nieder; Frauen und Kinder wurden in verschiedenen Häusern interniert, und einige von diesen Häusern wurden danach angezündet. (Hört, hört! h. d. U. Soz.) In Ardahan sind 7000, in Olti 1500 Armenier auf diese Weise ums Leben gekommen, und kein Armenier hat auf Schonung zu rechnen, wenn er in der Gewalt der Türken bleibt.

Aber auch die anderen Volksstämme, von den Tataren abgesehen, schweben in Lebensgefahr. Angesichts dieser Tatsachen hat der Herr Staatssekretär den Mut gehabt, dem Friedensvertrag von Breslauer Bestimmungen unterzulegen, die in ihm nicht enthalten waren, um die Bezirke von Ardahan, Kars und Batum den Türken auszuliefern. Wenn nicht die Solidarität der Vertreter der Regierung mit den christlichen Glaubensgenossen, so müßte doch das Gefühl der Menschlichkeit sie bestimmen, alles anzubieten, um nicht die noch im Kaukasus lebenden Armenier der Ausrottung preiszugeben. Wir haben gestern vernommen, daß der türkische Vormarsch nach dem Kaukasus hinein eingestellt ist. Das genügt aber nicht.

Die Türken haben den Kaukasus ganz zu verlassen, (Sehr richtig! h. d. U. Soz.), wie es im Friedensvertrag vorgesehen ist, und sie haben bei Regelung der Kaukasusverhältnisse — abgesehen von den drei genannten Bezirken — auch nicht ein Wort mitzusprechen. Wir haben vor allen Dingen mit dafür zu sorgen, daß die kaukasischen Männer im wehrfähigen Alter von 18 bis 50 Jahren, die sie jetzt weg-

geschleppt haben, ohne daß man weiß, wo sie sind, sofort freigelassen werden und in ihre Heimat zurückkehren können. Das ist der Standpunkt des Friedensvertrages, das ist eine Pflicht, die uns als Mitunterzeichneten dieses Friedensvertrages — wenn ich auf andere Gesichtspunkte gar nicht eingehen will — obliegt. Ich habe wenig Vertrauen, daß trotz dieser fürchterlichen Zustände, die auf dem flagrantesten Vertragsbruch beruhen, eine Besserung eintreten wird. Aber jedenfalls soll es verkündet werden, daß diejenigen die Verantwortung tragen, die, obwohl sie die Macht dazu haben, obwohl ihnen die Pflicht dazu auferlegt ist, nicht alles anbieten, um zu erreichen, daß diese Unglückseligen noch gerettet werden. (Sehr richtig! h. d. U. Soz.)

Meine Herren, wohin wir im Osten auch den Blick wenden, überall finden wir eine Politik, die am letzten Ende unheilvoll in ihrer Wirkung sein muß, die ganz und gar nicht in Einklang zu bringen ist mit dem Friedensvertrag, der ja doch an sich schon einen Gewaltfrieden darstellt, wie wir ihn selten erlebt haben. Obwohl hier in diesem Hause wie früher den Russen erklärt worden ist, die gezogene Linie sei die maßgebende Grenzlinie, mehr wolle Deutschland nicht, versucht man doch, Livland und Estland an Deutschland anzugliedern. Man beruft sich darauf, daß die russische Regierung allen Völkern, also auch Livland und Estland, ausdrücklich das Selbstbestimmungsrecht bis zur Postrennung von Rußland eingeräumt habe, und daß deshalb auch die Livländer und die Esten jetzt darüber zu bestimmen hätten, ob sie bei Rußland bleiben wollen oder nicht. Diejenigen, die sich auf dieses russische Gesetz berufen, sollten doch nicht vergessen, daß die russische Regierung — die frühere wie diese — auch noch andere Gesetze erlassen hat, die heranzutreten sind, um diese Frage aufzuklären.

Durch Spezialgesetz der russischen Regierung vom 13. April 1917 — also der früheren Regierung — erhielt das aus dem Gouvernement Estland und dem estnischen Nordland gebildete vereinigte Estland eine weitgehende Autonomie mit einem demokratischen Landtag oder Landesrat als oberster Vertretung. Die Regierung Rußlands war selbstverständlich dazu befugt. Durch das Gesetz vom 13. April und seine Ausführungsbestimmungen wurden die est- und livländische Ritterschaft und die ländlichen Landtage als Organe der Selbstverwaltung aufgehoben und konnten künftig nur noch als ländliche Korporationen fortbestehen. Die estländische Ritterschaft hat diesen Rechtszustand auch anerkannt, sie übergab widerspruchslos alle Funktionen der lokalen Selbstverwaltung nebst Landeskassieren und Immobilien dem estnischen Landtag, zu dem auch Vertreter der Deutschen und Schweden gehören. Ebenso überließ laut Gesetz die estländische Ritterschaft ihre landwirtschaftlichen Funktionen den Organen des estnischen Landtages und übergab das in ihrer Hand befindliche Landesvermögen an den allgemeinen Landtag, und dieser allgemeine Landtag erklärte dann am 28. November 1917 als staatliche Gewalt in Estland ein vom estnischen Landtag bestimmtes Gesamtkollegium, das aus dem Landtagspräsidium nebst seinem Seniorenkollegium und den Mitgliedern der Landesregierung organisiert war, noch vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in Estland als die estnische Regierung. Das ist die estnische Regierung, nichts anderes, das ist die estnische Volksvertretung, nichts anderes. Die russische Regierung hat ausdrücklich für alle ihre Gebiete das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für Männer und Frauen für alle Wahlen bestimmt, und es ist deswegen eine Mißachtung der russischen Gesetze, auf die sich diejenigen jetzt berufen, die Estland und Livland an uns angliedern wollen, wenn man irgendwelche Scheinvertretungen, die das preussische Militär geschaffen hat, die nicht entfernt den Willen des Volkes ausdrücken, als die berufenen Organe der Willensäußerungen des Volkes bezeichnet. (Sehr richtig! h. d. U. Soz.) Die Livländer und Estländer denken nicht daran, sich an Deutschland anzuschließen, darüber hat die Bevölkerung in ihrer Mehrheit nie einen Zweifel gelassen. Ueber den Kopf der russischen Regierung hinweg kann die Angliederung nicht erfolgen. Es ist zweifellos, daß diese Territorien der russischen Staatshoheit unterliegen, und die russische Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie unmöglich dazu die Hand bieten könne, daß unter deutscher Militärdiktatur mitten im Kriege auf Grund von Beschlüssen einer kleinen bevorrechteten Schicht im Gegensatz zu den Wünschen der großen Masse der Bevölkerung eine Entscheidung getroffen werde. (Sehr richtig! h. d. U. Soz.) Die Ausherrung des Herrn Reichskanzlers, die er den Deputationen aus Livland und Estland gegenüber tat, daß der deutsche Kaiser bereit sei, diesen Ländern den militärischen Schutz des Deutschen Reiches angedeihen zu lassen und sie bei der endgültigen Durchführung der Loslösung von Rußland wirksam zu unterstützen, war bereits eine Abwechslung von denjenigen Rechten, die uns im Friedensvertrag eingeräumt sind (Sehr wahr! h. d. U. Soz.), denn es ist uns ausdrücklich immer wieder erklärt worden, daß die deutschen Truppen nach Estland nur gegangen sind als Polizeimacht, um vorübergehend dort Ordnung zu schaffen, daß sie sich danach zurückziehen würden und dem Volke selbst gemäß den dort geltenden Gesetzen es überlassen würden, sein Schicksal zu bestimmen. Aber diese Polizeimacht, die dort Ordnung schaffen will, ist nicht nur mit Gewehren, sondern auch mit Artillerie eingerückt und hat damit offensichtlich kundgetan, daß ihre Absichten doch weiter gingen, als es nach ihrer Erklärung scheinen konnte.

Meine Herren, die Zustände in Livland und Estland sind

seit unserer Herrschaft trostlos.

Das öffentliche Leben ist niedergetreten und niedergeschlagen. Von estnischen Zeitungen erscheinen in Reval eine, in Dorpat zwei, in Narwa eine, außerdem noch in Reval und Dorpat je eine deutsche Zeitung, außer diesen darf kein Blatt mehr erscheinen (Hört, hört!

b. d. U. Soz.), da von den Behörden gesagt wird: das Volk bedarf keiner Politik. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Vor kurzem — und das ist charakteristisch — hat einer der deutschen Zensoren einen wissenschaftlichen Artikel über Erziehung verboten mit der Begründung: das dumme Volk hat ja keine Ahnung von Erziehungswissenschaft. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Die öffentliche Meinung des Landes und Volkes wird dadurch beeinflusst, daß die von den Gemeindevätern gewählten Vertreter gezwungen werden, an den Mitternachtslandtagen teilzunehmen, obwohl sie sich weigern.

Unlängst wurden in Dorpat etwa 50 Personen festgenommen und als Gefangene in ein Konzentrationslager abtransportiert, darunter ein Führer der Liberalen mit Frau, der Vorsitzende des Regierungsrats des Kreises Dorpat und ein Sozialist. Vorgezwungen wird ihnen, daß in den Straßen der Stadt ein Aufruf angeschlagen sei, für den sie verantwortlich seien.

Wer die Männer kennt, weiß, daß sie mit dem Aufruf nichts zu tun haben. Aber wie bei uns, wütet auch dort die Militärdiktatur. Nicht wie ein freies Land wird das Land behandelt, sondern wie ein okkupiertes Land, im Gegensatz zu dem Vertrag.

Meine Herren, in Riga sind die Zustände so, daß sie gen Himmel schreien. Hunderte sind ins Gefängnis geworfen. Unter den politischen Gefangenen sitzen sechs Frauen, eine mit einem zweijährigen Kinde, weil der Verdacht ausgesprochen wurde, daß sie an einer Demonstration teilgenommen haben.

Für das Aufbewahren einer Patrone werden Gefängnisstrafen von 3 bis 4 Monaten und einem Jahre gegeben. Knaben im Alter von 10 Jahren sind zu hohen Gefängnisstrafen wegen Versteckens von Waffen verurteilt worden. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Ein 13jähriger Knabe ist zum Tode verurteilt worden, weil er sich an der Verteilung einer Proklamation beteiligt hat. Sicher ist, daß er in einem Theater war, wo die Verteilung stattfand. Mehr ist nach allen Nachrichten, die wir erlangen konnten, nicht zu erfahren.

Ein Mann ist zum Tode verurteilt worden, weil er eine auf der Straße aufgelesene Proklamation einem Soldaten auf dessen Bitten übergeben hat. Die Strafe wurde in eine fünfjährige Gefängnisstrafe umgewandelt.

Zwei Schwestern Datt wurden wegen ähnlicher Vergehen zum Tode verurteilt. Die ältere, Julia Datt, ist hingerichtet worden, das Urteil gegen die jüngere in eine zehnjährige Zuchthausstrafe umgewandelt worden.

Das fürchterlichste ist, daß

in den Gefängnissen noch Folterungen vorgenommen werden. (Hört, hört! b. d. U. Soz.), die an die schmerzhaftesten Zeiten des Mittelalters und die schlimmsten Zeiten des blutdürstigen zaristischen Regimes erinnern. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Ein Gefangener, der verhaftet wurde, weil er ein Päckchen Flugblätter bei sich hatte, hat aus dem Gefängnis einen Brief an seine Freunde geschrieben, der das erschütternde von allem enthält, was Sie bisher gelesen haben. Er wurde nach seiner Verhaftung in das Kabinett von des Chefs der Geheimpolizei, geführt, mit Fragen bedrängt: wo die Drucker des Flugblattes sei, und wer die Führer des Parteiblattes seien. Es wurde ihm gedroht: wenn er es nicht sage, würde er sehen, was folge. Es wurde ihm Hoffnung gemacht, daß, wenn er es aus sage, er einen neuen Paß erhalten und einen Passierschein nach Kurland bekommen würde. Schließlich, als er keins sagte, er wisse von nichts, wurde ihm gedroht, daß er in 24 Stunden erschossen würde. Er wurde aber zunächst in ein Zimmer geführt, und dort haben der Gehilfe dieses Chefs der Geheimpolizei, ein Mann namens Leimann, ein rotbäuliger, kräftiger Mann, und ein zweiter, hochgewachsener Mann mit einer Wunde an der Oberlippe und am Halse, ihn gepackt und haben ihn ins Gesicht und auf den Kopf geschlagen, indem sie immer wieder Fragen stellten: Wer hat die Flugblätter gegeben? (Juruse b. d. U. Soz.) Wo wurden sie gedruckt? Wer ist der Führer der Bewegung? Schwieg er, so empfing er Schläge ins Gesicht und auf den Kopf und Schimpfworte wegen seines Schweigens. Erklärte er: „Ich weiß es nicht“, so fielen sie weiter über ihn her und schlugen immer wieder von neuem. Schließlich führten sie ihn in ein anderes Zimmer und befahlen ihm, daß er sich ausziehe. Dann brachten sie

eine mit Gummi bezogene Drahtpeitsche herbei (Erregte Juruse von den U. Soz.) und mit bestialischer Wut schlugen sie auf den armen Wehrlosen ein, nachdem sie ihn gezwungen hatten, die Hände hochzugeben. Dabei kamen Drohungen, daß er beim geringsten Widerstand niedergestürzt werden würde. Als er sich nicht länger aufrechterhalten konnte, legte man ihn auf eine Bank, dann ergriffen ihn einige andere Leute bei den Händen und Füßen und am Kopfe und Leimann schlug ununterbrochen auf ihn, bis die Bank zusammenbrach, auf der er lag. (Juruse von den U. Soz.) Nach einer Pause, nachdem er sich soweit erholt hatte, daß er eine Antwort geben konnte, wurden die alten Fragen an ihn gerichtet. Auf seine Antwort, er wisse nicht, wer die Führer der Bewegung seien, wer der Drucker sei, führten seine Folterknechte von neuem auf ihn los, schlugen von allen Seiten auf ihn ein, Leimann wieder mit der Drahtpeitsche, andere mit Fäusten und sonstigen Instrumenten. Dann trampelten sie, während er auf der Erde lag, mit Füßen auf ihm herum. Als er schließlich erschöpft war und sie selbst vor Erschöpfung nicht mehr schlagen konnten, hörte er, wie sie teufelischerweise einer zum andern sagten, er solle

mit dem Kopf nach unten an die Decke geknüpft werden, damit er wieder zur Besinnung komme und von neuem geschlagen werden könne. (Juruse b. d. U. Soz.) Das geschah freilich nicht. Man folterte ihn aber später in der alten Weise, und zwar vier Stunden lang, von 9 Uhr abends bis 1 Uhr nachts. Selbstver-

ständlich konnte er sich nicht erheben, Hände und Füße waren wie Blei, der Körper brannte in höllischem Feuer, und die Kinnbacken litten ihm so weh, daß er sie lange nicht bewegen konnte. Der ganze Körper war mit Wunden bedeckt.

Am 16. Februar wurde er vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt. Die Prozedur war einfach — wie er schreibt: weder Zeuge noch Verteidiger. Und nun, meine Herren, kam eine Zeit der Qual. Er sah vom Fenster aus Särge auf dem Hof, sah, wie Julia Datt hingerichtet wurde (Hört, hört! b. d. U. Soz.), er hörte, wie man an seiner Tür vorbeiging; aber sie gingen vorüber. Er schreibt in diesem Brief an seinen Freund Weiße: „Ich bin noch nicht“, das heißt zu der Zeit, als er den Brief schrieb — „hingerichtet worden.“ Aber — setzt er hinzu — ich bin bereit, und dennoch möchte ich nicht einen solchen Tod sterben, sondern im offenen revolutionären Kampf. Ein Schuß und eine Salve — ich sehe aber nicht, wer erschossen wird. Dieser Wunsch brennt in mir: Kampf! Kampf! Wieder ein Schuß, wieder eine Salve. Was soll das? Schon der dritte, und ich lebe noch? Ihr Verfluchten, wie lange werdet ihr mich quälen? Warum mordet ihr uns einzeln und nicht alle zusammen? Wohl damit es qualvoller sein soll. Die tole Julia ist tot, sie weiß nicht mehr unter uns, den Lebenden, doch ewig werden ihre letzten Worte leben, ihre letzten Flüche, die sie den deutschen Henkern und Unterdrückern ins Gesicht schleuderte.

Freunde, ich sende euch meinen Gruß. Ich bin ein dem Tode ausgelieferter Volkswirt. Ich klage nicht über das schwere Schicksal, das mir zuteil geworden ist. Kann man denn aber wirklich nicht jenen tierischen Ausschreitungen und Gewalttaten ein Ende machen, denen so viele unschuldige Menschen in den besetzten russischen Gebieten ausgesetzt sind? Kann man wirklich nicht vor der ganzen Welt

die wirkliche Rolle der deutschen Besieger aufdecken und brandmarken?

Jetzt ist der Krieg beendet, wir aber werden noch wie vor gefoltert.

Meine Herren! Gegenüber diesen Schilderungen verblaffen andere Bilder, so schrecklich sie sind.

Ueber Litauen will ich nicht viele Worte verlieren. Verschiedene Medner haben jetzt wiederum darauf hingewiesen, welche Praktiken von den deutschen Behörden dort immer noch angewendet werden. Es muß dort gewaltsam und brutal germanisiert werden, um die Litauer noch zu eifrigeren Litauern zu machen als sie es jetzt schon nach der Herrschaft der Deutschen sind. Das System der Strafgeißel ist raffiniert ausgebaut, niemand ist vor Strafe sicher. In einem Kreise wurden 25 Bauern vor kurzem zu 95 500 Mark Geldstrafe verurteilt, weil sie nicht die vorgeschriebene Menge Getreide abgeliefert haben. Welche Strafe müßten unsere Agrarier und Großbauern zahlen, wenn dieses System gegen sie zur Anwendung käme. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.)

Eine ganz besondere Tragödie spielt ja Finnland. Das finnische Volk in seiner Mehrheit wird nicht vergessen, daß Agenten der deutschen Heere ins Land gerufen haben, um in den finnischen Streit einzugreifen, ja, daß diese Agenten erst den Bürgerkrieg hervorgerufen haben. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Die Bourgeoisie konnte nicht fertig werden mit den Arbeitern und Bauern, sie brauchte fremde Vasentts, und die deutsche Regierung, die überall bereit ist, die Revolution in Blut zu erlösen und die Freiheit zu zertreten, erscheint dort (Sehr richtig! b. d. U. Soz.), und deutsche Soldaten und deutsche Arbeiter wurden dazu benutzt, um diesen Liebesdienst der deutschen Bourgeoisie wie der finnischen Bourgeoisie zu leisten. Wir sind aufs tiefste darüber bedrückt, daß

auch deutsche Arbeiter an diesem Werke mitgeholfen haben.

(Sehr richtig! und Juruse b. d. U. Soz.) Aber es kommt die Stunde — das kann jeder Politiker sehen —, wo die Arbeiter und Bauern eine Abrechnung halten werden, ohne daß die deutsche Heere zu Hilfe kommen können. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Und wie wird dann die Stimmung in diesem Lande gegenüber Deutschland sein?

Meine Herren, 73 000 Arbeiter sind jetzt in Finnland verhaftet worden. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Unter diesen 73 000 befinden sich Leute, denen ausdrücklich die Zusage gegeben wurde, als sie sich ergaben, daß sie persönlich unverletzt seien. Trotzdem sind sie

massenweise mit anderen erschossen worden. (Hört, hört! und erregte Juruse b. d. U. Soz.) Man hat in den Proskriptionslisten angesehene Mitglieder der demokratischen Regierung, darunter den früheren Ministerpräsidenten, aufgestellt, und gegen 50 sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete ist ein Haftbefehl erlassen worden, auch einzelne sozialdemokratische Abgeordnete sind erschossen worden, andere sitzen im Gefängnis. Schwaburg hat infolge der täglichen Massenhinführungen den Namen Golgatha erhalten. Wenn einmal jemand, der als Volkswirt, als Roter Garbist sich ausgab, mit einem anderen zusammen jemanden im Kampfe erschoss, dann hörten wir hier von den Vandalen, den Anarchisten. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Und jetzt nimmt die ganze Bourgeoisie und das Junkertum Deutschlands, die ganzen breiten Massen, die von diesen Dingen nichts wissen, kalblütig alle diese Organe und Niedermehlungen auf.

Meine Herren, in der Tagespresse, einem Bourgeoisorgan von Helsingfors war zu lesen:

Rieber wollen wir

— das heißt die jetzt Herrschenden — die finnische Bevölkerung um mehrere Hunderttausende vermindert sehen, als daß die Russen weiter leben bleiben.

(Hört, hört! b. d. U. Soz.) Das ist der Gedanke, der sie leitet bei diesen Gewalttaten. Freilich Swinhufvud hat seine Belohnung dahin: er ist mit dem deutschen Eisernen Kreuz dekoriert worden.

(Juruse b. d. U. Soz.) Er hat es jetzt verstanden, hinten herum unter militärischem Druck einen Beschluß mit einer Stimme Mehrheit durchzubringen, daß eine Monarchie dort eingerichtet werden sollte. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Vielleicht hat er hier in Berlin auch schon die Persönlichkeit des Monarchen ausbedungen. Cirula, der Minister des Äußern der früheren sozialdemokratischen Regierung, hat in „Politiken“ in einem bitteren Artikel auch der alten sozialdemokratischen Partei schwere Vorwürfe gemacht daß sie mit die Verantwortung dafür trage. In diesem Artikel schreibt er zum Schluß, daß die deutsche Regierung und ihre Agenten den Bürgerkrieg zur Unterstützung der Bürger provozierten, um die schwindende Macht der begünstigten Klassen wieder aufzurichten, ist für uns erklärlich; daß die deutschen Junker mit Wohlbehagen gegen die finnische Demokratie vorgehen, kann man verstehen; aber daß sich dazu die deutschen Sozialdemokraten hergeben, das bleibt unbegreiflich. Unbegreiflich wird es für alle Zeiten bleiben, daß eine Zeitung, die sich sozialdemokratisch nennt,

das „Hamburger Echo“, die weiße Garde gegenüber den finnischen Arbeitern und Sozialdemokraten verteidigt.

(Hört, hört! b. d. U. Soz.) Das Zentralkomitee der finnischen Arbeiter hat in diesem Monat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt:

„Das finnische Proletariat, aller bürgerlichen und Menschenrechte beraubt, Knechtschaft, Hunger, Krankheit, Todesstrafe, das ist das Los der Arbeiterklasse in Finnland, welches ihr die bis zum Wahnsinn blutrünstige Regierung des weißen Finnland bereitet hat. Massenelbstmorde sind ein Ergebnis dieses wahnsinnigen Terrors. Im Namen der Proletariats Finnlands wenden wir uns an die zivilisierten Völker der ganzen Welt, im Namen der Humanität alle Kräfte anzuspannen, um dem weißen Terror in Finnland ein Ende zu bereiten und die finnische Regierung zu veranlassen, die furchtbaren und wahnsinnigen Morde einzustellen und auf die Nachhaken Finnlands dahin zu wirken, daß das grenzenlose Blutvergießen eingestellt wird, da die gegenwärtige Lage des Landes zum gänzlichen Untergang führen und der Friede auf diese Weise nie erreicht wird.“

(Hört, hört! b. d. U. Soz.)

Aber es ist ja nicht nur in Finnland so. Dort, wo die deutschen Behörden ihren Fuß hingezogen haben, verbreiten sie Schrecken, unterdrücken sie die Freiheit. Sie alle wissen noch, meine Herren, wie man in der gesamten bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse Deutschlands die rumänische Sozialdemokratie gelobt hat, als sie vor dem Eintritt der rumänischen Regierung in den Krieg mit Heldenmut und Aufopferung ihres Lebens den Kampf aufnahmen gegen ihre Regierung, die den Krieg einseifen wollte. Und als die Deutschen kamen, haben sie nach der „Gazeta Bukarestinow“ vom 20. Mai die Vorstandsmitglieder der sozialdemokratischen Partei sämtlich verhaften lassen. Sie sitzen im Gefängnis wegen Verbreitung sogenannter revolutionärer Manifeste. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Viele Arbeiter werden dort von unseren Behörden ins Gefängnis geworfen, weil sie die Arbeitermarschälle singen. Das Partei- und Gewerkschaftsblatt, dessen Chefredakteur früher Kofomski war, ist von dem deutschen Kommando für die Dauer des Krieges unterdrückt worden (Hört, hört! b. d. U. Soz.), und auch private Zusammenkünfte werden den Arbeitern verboten. So behandelt man diejenigen Personen und diejenigen Parteien, die sich gegen den Krieg stemmen, welche für den Frieden eintraten; so behandelt man diejenigen, die dazu berufen sind, in dem schwer mitgenommenen Lande Rumänien am wirtschaftlichen und sozialen Aufbau mitzuwirken.

Meine Herren, die Ukraine ist ja ein besonderes Kapitel. Nicht die Ukraine ist schuld daran, daß der Brest-Litowsker Friedensvertrag nicht erfüllt worden ist. Meine Herren, bei aller Kritik der früheren Regierungsmänner muß anerkannt werden, und zwar auf Grund eines weitwichtigen unumstößlichen Materials, das ich in meinen Händen habe, daß sie alles getan haben, um für Deutschland und Oesterreich-Ungarn Getreide heranzuschaffen. Sie waren ja nach dem Friedensvertrag — und das wird auch immer und immer wieder verdunkelt — gar nicht verpflichtet, etwa gegen Barzahlung Getreide zu liefern; sie hatten nur die Verpflichtung, im Austauschverkehr zu liefern. Dennoch waren sie dazu bereit. Aber die Methode, die die Deutschen und, ihnen nachstehend, die Oesterreicher anwandten, ging ja dahin, das Werk dieser Regierung unter allen Umständen zu durchkreuzen und zu vernichten. Darin die Regierung bei Brest, bei großen Bauern Getreide beschlagnahmt, um es später abzuführen und an die Deutschen nach einem bestimmten Modus zu verteilen, dann kamen die deutschen Behörden oder, ihnen nachstehend, die Oesterreicher, nahmen das Getreide weg und zahlten den Besitzern, um sie zu locken, große Geldsummen. Und sie nahmen nicht nur Getreide weg; sie nahmen auch Dinge weg, auf die sie gar keinen Anspruch hatten: nicht nur Zucker in Massen, sondern auch Munition aller Art und Rohstoffe, die für die Deutschen von irgendeinem Interesse waren. Und dann wundert sich jemand, daß die Bevölkerung, und zwar die gesamte Bevölkerung der Ukraine, abgesehen von der kleinen Zahl von Großgrundbesitzern, die enteignet werden sollten, von dem deutschen Regime nichts wissen will. Nicht ein besonders radikaler Mann, sondern das Haupt der Klewer Gouvernementssemstwoos und des ukrainischen Semstwoobundes, Petlorod, hat den deutschen und Oesterreich-ungarischen Gesandtschaften eine Denkschrift eingereicht, in

(Fortsetzung in der zweiten Beilage.)

Verantw. Redakteur: C. Reid; Verleger H. Hoffmann; beide Berlin O. 27, Schilderstraße 5. Druck: Mauser & Timmla, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.

2. Beilage zu Nr. 14 des „Mitteilungsblattes“.

(Fortsetzung aus der ersten Beilage.)

der er darauf hinweist, daß die Gefühle der Freude, mit denen von einem Teil der Bevölkerung die Deutschen empfangen wurden, als sie einrückten, in das Gegenteil davon umgewandelt worden seien. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Aber er weist auch darauf hin, daß

Die Deutschen es sind, die das Rechtsbewußtsein in der Ukraine demoralisieren.

Wo die Deutschen herrschen, liest man Maueranschläge, daß das Eigentum der Großgrundbesitzer im Laufe von drei Tagen von den Bauern unter Todesstrafe zurückerhalten ist. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) In einer Reihe von Kreisen der Gouvernements Winst und Mobileff sind Agrarunruhen ausgebrochen. Im Kreise Sulk — so wird berichtet — sind deutsche Soldaten durch aufständische Bauern vernichtet worden. Selbstverständlich gab es eine Strafexekution mit Niedermetzelung der Bauern. Storopadsky führt das Jarat in der Ukraine allgemein schon ein. Alle öffentlichen Einrichtungen werden von ihm vernichtet, die monarchistischen Organisationen ins Leben gerufen, die alten verhassten Instrukteure und Beamten des Jaren wieder in ihre Rechte eingesetzt. (Hört, hört! b. d. U. Soz.) Die Freiheit, die man den Arbeitern bringt, besteht darin, daß unter seinem Reagime hat das achtstündige Arbeitstages in vielen Fabriken wieder der elf- und zwölfstündige Arbeitstag gekommen ist. Auf diesem Wege kommen wir nicht zum Frieden. Als der Vertrag mit der Ukraine vorgelegt wurde, gab es in gewissen Kreisen eine unterdrückte Freude darüber, daß meine Fraktion diesen Vertrag abgelehnt hat. Man wies darauf hin, daß sei ein erster Schritt zum Frieden. Wir erklärten demgegenüber, der Vertrag sei kein Instrument des Friedens, sondern ein Instrument der Zwietracht. Heute kann kein Mensch mehr daran zweifeln, wer recht gehabt hat mit seiner Meinung. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) und je mehr Abenteuer wir in Rußland unternehmen, desto schlimmer wird die Sache für uns. Was soll mit Wafu geschehen, frage ich die Regierung? Hat man die Absicht, auch nach Wafu zu gehen und dort die russische Regierung zu beseitigen? Die Georgier erklärten alle ohne Ausnahme, daß Wafu nicht zu Georgien gehört und daß sie keinen Anspruch darauf erheben. Was will man in Wafu? Geht wie der Zug im Norden des Kaukasus auch hier etwa darauf hinaus, das großrussische Regiment

die Sowjetrepublik abzusperrten von ihren Rohstoffquellen?

Will man trotz des feierlichen Friedensvertrages auch noch das ganze russische bolschewistische Volk gegen sie aufbringen? Meine Herren, die Bolschewisten haben den Frieden mit uns schließen wollen und sie beweisen Tag für Tag, wie sie sich bemühen, den Frieden aufrechtzuerhalten. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Aber wenn man dazu übergeht, Groß-Rußland vom Schwarzen Meere und vom Weißen Meere abzuschließen, es wirtschaftlich zu erdrosseln, dann kann man mit Sicherheit heute voraussagen, daß das ganze russische Volk ohne Ausnahme sich erheben wird,

und dann gibt es einen Kampf auf Leben und Tod mit Deutschland.

(Sehr richtig! b. d. U. Soz.)

Meine Herren, Sie haben heute von verschiedenen Seiten wiederum gehört, daß wir uns allein auf den Sieg unserer Waffen verlassen sollen, er wird schon zum Frieden führen. Oft genug haben wir das gehört und niemals hat sich das bestätigt, was man uns vorhergesagt hat. Im Frühjahr d. J. ging ja von Mund zu Mund im ganzen Deutschen Reiche die Mitteilung, daß wir im Sommer Frieden hätten, daß dann Frankreich am Boden läge und daß bis dahin Italien vollständig vernichtet sei. Nun, die Nachrichten, die aus Italien vom italienisch-österreichischen Kriegsschauplatz kommen, führen doch eine andere Sprache. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Wir haben allen Grund, uns nicht auf solche Versprechungen zu verlassen, auch wenn sie mit der unangreifbaren Autorität von Hindenburg und Ludendorff umkleidet werden. Nein,

es sind genug und übergenug Opfer gefallen.

(Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Das Meer des Blutes schwillt von Tag zu Tag, wie niemals ein solches in der Weltgeschichte gesehen worden ist. Alle Bestrebungen im dreißigjährigen Krieg sind Kinder spiel. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) und da ist kein Tag zu verlieren, jeder Tag ist reif zum Friedensschluß. Durch die Art wie man hier die Friedensfreunde in anderen Ländern in ihren Bestrebungen gelähmt hat, kommen wir nicht zum Frieden. Das Wort des Herrn v. Kühlmann, daß heute retuschiert werden sollte, ist wahr, das selbst wahr, ist von uns auch früher verkündet worden (Sehr richtig! b. d. U. Soz.):

Durch militärische Erfolge allein ist der Frieden nicht zu erreichen.

(Sehr wahr! b. d. Unabh. Soz.) Das war der Sinn der Worte und dieser Sinn kann nicht bestritten werden. Das ist wahr, meine Herren, was machen denn gewisse Leute Herrn v. Kühlmann zum Vorwurf? Nicht daß er etwas Unwahres gesagt hat, sondern daß er die Wahrheit vor dem Volke verkündet hat. (Sehr richtig! b. d. U. Soz.) Das Volk soll noch immer glauben, daß durch die Waffen der Sieg erzielt wird, es soll, wenn es zusammenbricht, im Zusammenbruch noch eine Weile gehalten werden. Vielleicht kommt doch das große Wunder und bringt den Niederbruch der anderen und den vollen Sieg für uns. Wir glauben nicht an Wunder. Deutschland wird ruiniert, wie

andere Staaten, daran kann nicht gezweifelt werden, wenn es nach dem Willen unserer Militärarokratie, in deren Dienst sich Herr v. Hertling heute wieder gestellt hat, geht. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) Nein, die Volksmassen müssen endlich begreifen, daß es ihre Aufgabe ist, dem Kriege ein Ende zu machen; denn nur wenn sie das erkennen, können wir zu einem Frieden kommen, der zwar auch in einem Jahrhundert nicht die blutigen Wunden heilen kann, die dieser Krieg uns und der gesamten Menschheit geschlagen hat, der aber eine Verjüngung der Völker einigermaßen für die nächste Zeit herbeiführt. Freilich, so stark das kapitalistische Regime hier und in den anderen Staaten mit Ausnahme von Rußland, wo es gestürzt ist, auch scheint, es kracht doch in seinen Fugen. (Sehr wahr! b. d. U. Soz.) und es kann, wenn die Welt nicht untergehen soll, nicht anders werden, als daß mit dieser kapitalistischen Ordnung, die uns in den Krieg hineingebracht hat, die Elend über Elend auf die Menschen häuft, ein Ende gemacht wird, daß an Stelle der kapitalistischen Ordnung die sozialistische Ordnung gesetzt wird. (Lebhaftes Bravo bei den Unabhängigen Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Werner-Siegen (D. Frakt.) polemisiert gegen den Staatssekretär v. Kühlmann, dessen Ausführungen geeignet seien, die Stimmung unseres Volkes und Heeres herabzudrücken. (Zustimmung rechts.) — Unseren Diplomaten und hohen Beamten müßte verboten werden, englische Frauen zu heiraten. Der Redner ergeht sich dann noch anderthalb Stunden in alldemokratischen und antisemitischen Ausführungen.

Hierauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch.

181. Sitzung, Mittwoch, den 26. Juni, nachm. 2 Uhr. Am Bundesratssitz: v. Hertling, v. Payer, v. Kühlmann, Wallraf.

Die Debatte über den Etat des Reichszanlers und des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt.

Abg. Gauß (Elf.) führt Beschwerde über das Mauerverbot an den elssässischen Landtag; es ist entwürdigend, daß dem Landtag verboten wurde, über die Frage der reichsländischen Autonomie und andere Punkte zu sprechen. Der Reichszanler muß der Umgehung und Außerachtlassung der reichsländischen Verfassung ein Ziel setzen und den militärischen Machthabern zum Bewußtsein bringen, daß ihre Gewalt begrenzt ist durch die Verfassung. Die militärischen Machthaber wollen die elssässische Frage durch die Angliederung an Preußen lösen; das hat Ludendorff in einem Brief an elssässische Industrielle auch als den Wunsch Hindenburgs bezeichnet und den Briefempfängern geraten, diese Ansicht bei ihren politischen Freunden zu verbreiten. Das elssässische Volk verlangt aber die Autonomie und der Reichszanler muß diesem Volk die freie Äußerung seiner Meinung ermöglichen. Die Kirchhofstraße, die man jetzt in Elss-Lothringen erzwingt, mag den augenblicklichen Machthabern gefallen, sie muß sich aber einmal schwer rächen. (Bravo! bei den Elssässern.)

Staatssekretär im Reichsamt des Innern Wallraf: Elss-Lothringen wird vom Feinde als Kampffeld behandelt und kann jeden Augenblick Kampffeld werden. Daher ist jetzt nicht der Zeitpunkt, über die endgültige Gestaltung der Verfassung von Elss-Lothringen öffentlich zu verhandeln — Die ständige Bewegung ist wert, auf deutscher Seite volles Verständnis und Würdigung zu finden. Der Abg. Haase würdigt das Ringen unterdrückter Völker für ihre Freiheit nur dann, wenn es mit den Interessen des Deutschen Volkes nicht verträglich ist. Wenn die Militärverwaltung in Litauen bei der Bevöllerung keine große Liebe gefunden hat, so muß man doch bedenken, daß die angeordneten Requisitionen dringend notwendig waren; solche Requisitionen sind aber nicht geeignet, Liebe und Vertrauen zu erwecken. Die deutsche Sprache ist nicht als Schulsprache eingeführt worden, sondern als Unterrichtssprache. Immerhin wird es sich fragen, ob der Zwang zur Erlernung der deutschen Sprache der richtige Weg ist. Für den Verkehr in Litauen sieht eine Neuordnung bevor, bei der sehr viele Beschränkungen fallen sollen. Dem Reichskommissar sowohl als mir ist es nicht um eine Vergewaltigung anderer Völker zu tun, sondern um ihre Sicherstellung unter Wahrung der Interessen des deutschen Volkes.

Abg. Kozle (Soz.): Auf die harten Anklagen aus Elss-Lothringen hat der Staatssekretär nichts zu antworten gequält. Die Wählung des elssässischen Landtages kann man auch gar nicht rechtfertigen. Auch die Maßnahmen in den besetzten Gebieten verweichte der Staatssekretär nicht zu rechtfertigen. Gewisse Härten sind natürlich nicht zu vermeiden, wohl aber Brutalitäten. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In der gesamten Politik der Regierung beobachten wir ein Zögern und Zaudern statt tatkräftigen Zugreifens. Die Arbeitermassen verfolgen daher die Politik der Regierung mit starker Unzufriedenheit und wachsendem Groll. Der Kanzlerwechsel vollzog sich vor einem Jahre in Formen, die einen Fortschritt bedeuteten. Michaelis ging, weil er sich mit der Mehrheit des Reichstages nicht verständigen konnte und Graf Hertling übernahm das Amt erst nach Verständigung mit der Mehrheit über ein Mindestprogramm. Die Durchführung dieses Programms geht aber sehr langsam vor sich. — Die Herabsetzung der Prorotation müßte bei einem sehr beträchtlichen Teil der Bevölkerung eine sehr gereizte Stimmung hervorrufen. Die

Wahlrechtsvorlage

ist eingebracht und ich zweifle nicht, daß Graf Hertling und sein Vertreter mit ihr stehen und fallen

wollen. Aber die Art, wie die Junker und große Teile des Zentrums mit ihr umspringen wagen, verwüstet den Rest an guter Stimmung und schadet dem Ansehen der Reichsregierung. Ich bedaure lebhaft, daß der Reichszanler sich die fortgesetzten Provokationen der Krautjunker und Schlotjunker gefallen läßt und nicht zur Auflösung des Preussischen Landtages schreitet. (Präsident Fehrenbach unterbricht eine Kritik eines anderen Parlamentarist!)

Der Kriegs- und Eroberungswille der Feinde besteht fort. Diese Tatsache allein veranlaßt meine Freunde in manchen innerpolitischen Fragen Zurückhaltung auszuüben. Die Rede des Staatssekretärs Kühlmann am Montag war ein neuer Versuch, den Friedenswillen der Staatsmänner zu erhöhen, und das billigen wir durchaus. Herr v. Kühlmann sagte, durch rein militärische Handlungen allein ist der Friede nicht zu erreichen. Diese Auffassungen teilen meine Freunde durchaus und sie stimmt mit der Ansicht der großen Mehrheit des Reichstages überein. Die Mehrheit will einen Verständigungsfrieden und auch Graf Hertling hat sich ausdrücklich dazu bekannt. Graf Hertling und sein Vertreter saßen am Montag neben Herrn v. Kühlmann und hätten gegen ihn auftreten müssen, wenn sie seine Auffassung nicht geteilt hätten. Am Montag abend erfolgte der Angriff des Grafen Bestarp, und in der Presse setzte dann die Hege ein; Junker, Schlotbarone, Kapitalisten, alles, was reaktionär und annektonistisch gesinnt ist, versuchte den

Staatssekretär zur Strecke zu bringen.

Meine Freunde sind der Meinung, daß Herr v. Kühlmann nur der Saef ist, auf den geschlagen wird und der die Schläge weitergeben soll, es soll ihm die Regierung folgen, die Friedensziele verfolgt, welche den Leuten nicht passen. Wir haben in den letzten beiden Tagen den Eindruck gewonnen, daß es wieder einmal um eine Krastprobe geht. Gewisse Schichten der Kapitalisten wollen die Regierung beseitigen, die ihnen nicht großsprecherisch genug austritt, und von der sie einen Frieden befürchten, der ihnen nicht genug Beute bringt. Das sind dieselben Leute, die in der Prinz-Albrecht-Straße dem Volke die politische Gleichberechtigung versagen. Herr Stresemann rühmte allerdings sein Eintreten für das gleiche Wahlrecht. Aber ein großer Teil seiner Freunde revoltiert gegen ihn. Die Nationalliberalen im Preussischen Landtag pfeifen auf seine Ratschläge und tun, was sie im Interesse ihres Geldsacks tun zu müssen glauben.

Der Vorstoß der annektonistischen Presse gegen Herrn v. Kühlmann fand zu unserem Bestreben auch die nachdrücklichste Unterstützung der Militärzensur. In der Pressezensur wurde gerügt, daß der „Vorwärts“ aus Kühlmanns Rede die Berechtigung zu der Ueberschrift nahm: Kein Kriegsende durch militärische Entscheidung. Es widerspricht dies der tatsächlichen Lage und die Verbreitung dieser Auffassung störe die Zuversicht in den Sieg und belebe den Widerstand im feindlichen Lager. Die Oberste Heeresleitung glaube an einen siegreichen Ausgang durch militärische Erfolge. Eine andere Auffassung dürfe nicht verbreitet werden. Von Vertrauen in die Mündigkeit des deutschen Volkes ist in dieser Zensurverfügung nichts zu spüren. Vollkommen freie Bahn dagegen hat die annektonistische Presse, die mit wütendem Gelläff hinter dem Staatssekretär her ist.

Was der Reichszanler über die Aufnahme seiner Friedensbereitschaft bei den Feinden sagte, ist unansehnlich. Die Deutsche Zeitung hat die Auffassung, er habe den Staatssekretär abgeschüttelt. Ausgerechnet die Deutsche Zeitung spendet ihm dafür Lob. Der Wortlaut der Rede des Grafen Hertling läßt nach meiner Uebersetzung diese Deutung nicht zu. Auch die gestrige Rede des Herrn v. Kühlmann bedeutet nach ihrem Wortlaut nicht eine Unterwerfung unter die Konserbativen. Aber Freunde haben auch meine Freunde nicht daran gedacht. Es ist jetzt nicht an der Zeit, den Gegensatz zwischen der Regierung und den Annektonisten kleiner erscheinen zu lassen als er ist, die Regierung sollte ihn vielmehr scharf hervorheben. Damit würde sie

dem Frieden am besten dienen.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Auch in dem Hauptquartier sollen sich die leitenden Stellen darüber klar sein, daß sie auf den guten Willen und das Vertrauen der Volksmassen unbedingt angewiesen sind. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Es handelte sich am Montag wieder einmal darum: für oder gegen den Verständigungsfrieden. Der Kampf wird angefochten werden, hier im Reichstag oder draußen im Lande. Die Annektonisten verrechnen sich, wenn sie glauben, das Volk für ihre selbststichtigen Pläne mißbrauchen zu können. Schon am Montag hätte dem Konserbativen Redner nachdrücklich entgegengetreten werden müssen und ebenso den gestern gehörten großsprecherischen Tiraden. Ich habe nie Blaumacher getrieben, denn ich glaube, wir könnten uns bei unserer Lage solchen Lurus nicht leisten. Aber Krastpropheten wirken haben und dröben widerlich. Herr Stresemann sagte gestern, er glaube an den Erfolg des Schwerkes. Vor Jahresfrist fragte er den Grafen Bestarp, ob er es wagen würde, einen Frieden auf Grund des Status quo abzuschließen, wenn die Gegner ihn anbieten. Man kann vielleicht Frankreich zerschlagen und England vom Festland verdrängen, aber dann sind immer noch ein Duzend Feinde jenseits der Meere vorhanden. Deshalb hätten wir dies Geschrei nach völligem Sieg für eine Krastmeierei, die nur dem Feinde Anlaß gibt, von deutschem Welt Herrschaftstreiben zu reden.

Natürlich wollen wir den Sieg, solange wir den Frieden nicht haben können. Aber wir sind jederzeit zu einer ehrlichen Verständigung der Völker bereit. (Sehr gut! b. d. Soz.) Dafür hat sich auch der Reichskanzler eingesetzt. Wir halten es im Augenblick auch für unnötig, über die Schuldfrage zu sprechen. Wir verurteilen jede Art von Moralizerei, die darauf hinausläuft, unser eigenes Volk als das besonders auserwählte zu betrachten, ganz gleich von wem solche Ruhmredigkeit und solche Lohndelei ausgeht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Meine Freunde haben mich beauftragt, offen auszusprechen: der Kaiser redet und telegraphiert in letzter Zeit häufiger. Uns erschien seine Zurückhaltung in den letzten Jahren sehr viel zweckdienlicher. (Leb! Zustimmung!) In der Antwort an Feldmarschall Hindenburg bei Gelegenheit seines Regierungsjubiläums hat der Kaiser gesagt, es handle sich in diesem Weltkriege um den Kampf zwischen der preußisch-deutsch-germanischen Weltanschauung, die Freiheit, Ehre und Lüge hochhält, und dem angelsächsischen Götzendienst des Geldes. Die Zensur des Oberkommandos in den Marken hat in diesem Falle ausnahmsweise einmal ein richtiges Gefühl dafür gehabt was die politische Situation gebietet. Sie hat verfügt, daß aus dem Ausland stammende Betrachtungen über diese Rede des Kaisers der Zensur unterliegen. (Hört! hört!) Man hat allerdings einiges Interesse daran, dem deutschen Volke vorzuhalten, wie das Urteil sehr breiter Kreise des Auslandes über diese Kaiserrede gelaute hat. Es ist sehr wenig liebenswürdig und schmeichelhaft gewesen. (Zuruf rechts.) So ganz gleichgültig kann es dem deutschen Volke doch wirklich nicht sein, wie die Welt über uns und das deutsche Reichsoberhaupt denkt. (Sehr wahr! links.) Götzendienst vor dem Gelde ist in Deutschland genau so vorhanden gewesen wie in anderen Ländern, und es heißt, die Augen vor Tatsachen verschließen, wenn man verkennen wollte, daß während des Krieges bei uns ein ganz toller Kampf um das goldene Kalb zu beobachten ist. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Und gerade die Leute, die am lautesten nach der Fortsetzung des Krieges und nach

großen Kriegsschädigungen schreien, beteiligen sich in erster Linie an diesem Götzendienst. Sie fürchten, zu einem beträchtlichen Teil, für ihren Geldbeutel, der durch hohe Besteuerungen gefährdet ist, wenn die Kriegslast nicht auf feindliche Staaten abgewälzt werden kann.

Die deutsche Regierung hat ihre Bereitwilligkeit zu Friedensverhandlungen auf der Grundlage der Forderung der russischen Revolution ausgesprochen: keine Annexion, keine Kriegskontribution. Es mag sein, daß sie dabei irgendwelche Hintertanken gehabt hat, das kann ich nicht wissen. Tatsache ist, daß die Entente-regierungen ohne jede Einschränkung die Einladung der russischen Republik zum Friedensongerech abgelehnt haben. Es ist geradezu lächerlich, davon zu sprechen, das Heer schütze nur die Bestehenden. Unter einer feindlichen Invasion, unter einer Niederlage, haben die Proletarier überall am meisten zu leiden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ich verfolge mich nicht darauf, daß der Julibeschluß ein Ideal darstellt, aber es war doch ein Fortschritt. Taten die Parlamente Englands, Frankreichs und Italiens dasselbe, so könnte man versuchen, einander näher zu kommen. Es ist überaus schmerzhaft, daß das Echo auf diese deutsche Erklärung ausgeblieben ist. Daher stellen die deutschen Angriffe an der Front im wahren Sinne des Wortes eine Friedensoffensive dar, indem sie bezwecken, den Kriegswillen der Entente zu zermürben. Aber das genügt nicht. Durch klare, unzweideutige, deutsche Politik muß der

Friedenswille aller Völker gefördert werden. Wir wiederholen heute auf das dringendste den Wunsch, daß die deutsche Regierung ihre Kriegsziele — auch in bezug auf Belgien — so klar und ehrlich wie nur denkbar ausspricht. (Sehr gut! b. d. Soz.) Dabei verlernen wir nicht, daß mit Monologen in Berlin allein nicht weiterzukommen ist. England und Frankreich besitzen in deutschen und türkischen Gebieten noch Hauptstädte in reicher Zahl. Wäher ist jede englische Erklärung unterblieben, daß der Wiederherstellung und der Räumung Frankreichs Zug um Zug die Herausgabe aller deutschen Kolonien und die Räumung der besetzten türkischen Gebiete folgen wird. Dagegen hat Balfour erklärt, daß England sich nicht auf die belgischen Wünsche beschränke. Mit dieser Oralsexpression der Staatsmänner ist nicht weiterzukommen. Deshalb hätte die deutsche Regierung die Ansprache über die auswärtige Politik mit einer klaren Erklärung beginnen sollen. Es kann wirklich der Wirkung nach außen wegen ganz unzweideutig gesagt werden, daß Belgien und Nordfrankreich freigegeben wird, daß wir auf Eroberungen verzichten und die Freiheit der Meere verlangen. Eine solche ganz unzweideutige Erklärung würde sicher dem Frieden dienen. Wir wünschen auch, daß die Arbeiter aller Länder sich

endlich an gemeinsamer Friedensarbeit zusammensuchen.

Wir sind zu jeder solchen Aktion bereit. Wir begrüßen es mit Freuden, daß die französische sozialistische Presse jetzt die Friedensmöglichkeiten nachdrücklich erörtert. Nach unserer Ueberzeugung ist es Wachsen, vom Frieden erst dann sprechen zu wollen, wenn eine der beiden ringenden Mächtegruppen niedergeworfen ist. Auf Kampfanfragen und feindliche Vernichtungsdrohungen muß natürlich weiter mit starken Schlägen geantwortet werden. Darüber sind wir alle einig; das deutsche Volk läßt sich nicht unterkriegen. (Lebhafter Beifall.) Aber wir wollen die militärische Tat verbunden sehen mit einer Politik größter, ehrlicher, weitgehendster Offenheit. Beides zusammen wird den amerikanischen Volkswillen überwinden und die Menschheit hinausbringen

aus den Greueln der letzten Jahre zu Frieden und Freiheit. (Leb! Beifall b. d. Soz.)

Abg. v. Richthofen (Nat.): Als überzeugter Anhänger der preussischen Wahlreform bedauere ich, daß diese für Deutschland so wichtige Frage noch nicht gelöst ist. Ohne Siegeswillen können wir den Krieg nicht führen und nicht zum Frieden kommen. (Beifall.)

Abg. Dr. Graf v. Posadowsky (Deutsche Fraktion): Die Bedenken gegen die erste Rede von Kühnmanns teile ich. Dagegen bin auch ich der Meinung, daß Rußland den Krieg entfesselt hat, um aus den wachsenden inneren Schwierigkeiten einen Ausweg zu finden. Unzweifelhaft hat die Machtpolitik Frankreich in die Arme des größten Flottenstaats geführt. Eine französische Regierung, die bei einem deutsch-russischen Krieg neutral geblieben wäre, hätte die nächsten 24 Stunden nicht überlebt. Amerika ist nie neutral gewesen. Uebrigens ist auf der Haager Konferenz, wenn ich nicht irre, ein Antrag gegen neutrale Waffenlieferungen an Kriegsführende an unserem Widerspruch gescheitert. Im Osten dürfen wir nicht den Anschein erwecken, als ob sich die staatliche Entwicklung der Nachbarstaaten nach unserem Rezept vollzöge. Natürlich muß der Krieg schließlich einmal durch Verhandlungen abgeschlossen werden. Gott gebe uns gefühlswarme aufrechte Männer, die uns einem guten Ende zuführen. (Bravo.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Die Rede Noskes war eine aufreizende Agitationsrede ersten Ranges. Sie hat vor allem bewiesen, daß das Programm, auf das sich Herr v. Hertling bei seinem Regierungsantritt festgelegt hat, verfehlt war. Wir bekämpfen in Herrn v. Kühnmann die Reste der Friedensresolution, wobei es sich versteht, daß wir der Betonung des Siegeswillens durch den Reichskanzler zustimmen. Der Abg. Erzberger begründete die Resolution seinerzeit damit, daß eine Veränderung der militärischen Lage nicht zu erwarten wäre. Mit dieser Voraussetzung, die eine irrige war, ist die ganze Friedensresolution hinfällig geworden. (Bravo! rechts.)

Präsident Fehrenbach: Graf Westarp hat bedauert, daß Herr Noske die Person des Kaisers in die Debatte gezogen hat. Ich benütze die Gelegenheit, um die präsidialen Grundätze in dieser Frage festzustellen. Seit langen Jahren ist man dazu übergegangen, die Beprechung von Reden des Kaisers hier zuzulassen. Ich bin nicht gewillt, von dieser Übung abzugeben. (Beifall links.)

Abg. Haase (Unabh. Soz.): Dem Kriegsende sind wir keinen Schritt näher gekommen. (Sehr richtig! b. d. Unabh. Soz.) Das Generalkommando hat einen Zensurerlass verfügt, wonach eine Debatte darüber, daß eine militärische Entscheidung von den Waffen allein nicht zu erwarten ist, geeignet sei, die militärische Sicherheit zu gefährden. (Hört, hört!) Man ist also glücklich so welt, daß die Militärdiktatur sogar die Politik des Ministers des Auswärtigen durchkreuzt. Die Militärdiktatur herrscht, sie unterdrückt alles, was ihr nicht paßt, auch einen Minister. Herr Noske erklärte sich mit Herrn v. Kühnmann und Hertling einverstanden. Da sich auch Graf Westarp mit Herrn v. Hertling solidarisch erklärte und da zwei Größen, die einer dritten gleich sind, auch untereinander gleich sind, stimmen die Herren Graf Westarp und Noske gleichfalls mit einander überein. (Große Heiterkeit.) Das ist auch kein Wunder, denn auch heute hat Herr Noske wieder in die Durchfallspfaune gefallen. — Meine Aeußerungen über den Rat von Islandern konnte der Staatssekretär kritisieren. Wenn er mir aber ein Psst zuruft, wozu nur Abgeordnete berechtigt wären, so ist das eine Kumahung. (Zustimmung b. d. Unabh. Soz.)

Abg. Scheidemann (Soz.): Es ist nicht unsere Aufgabe, jede Aeußerung des Reichskanzlers zu decken, im Gegenteil, das liegt uns gar nicht. Aber von dem allgemein bekannten Programm, auf dessen Boden der Reichskanzler und wir stehen, ist er gestern, wenn uns nicht alle unsere Ohren getäuscht haben, doch eigentlich im Grunde nicht abgewichen. (Zustimmung. — Rufe b. d. Unabh. Soz.: Eigentlich!) Ueber den Sieg und den Glauben an den Sieg ist hier viel gesprochen worden. Ich kann mir überhaupt niemanden denken, der in einen Kampf geht, ohne daß er mit der Absicht zu siegen hineingeht, denn sonst ist er von vornherein verloren. Darum dreht es sich also nicht. Warum sollte man denn auch den Glauben verloren haben, wir würden weiter so siegen wie bisher. Es dreht sich vielmehr um ein anderes. Die Frage ist die, und das habe ich seinerzeit ausgeführt, ob es möglich ist, daß die eine Mächtegruppe die andere so vernichtend schlagen werde, daß sie ihr den Frieden diktiert kann. Ich fügte hinzu: „Ein Narr, wer das glaubt,“ und das halte ich aufrecht. Daraus kommt es an, ob durch die Waffenentscheidung allein das Ende dieses Krieges herbeigeführt werden kann. Selbstverständlich wird bei den Verhandlungen am besten der absäen, dessen Waffen vorher möglichst günstige Entscheidungen herbeigeführt haben. Die Stimmung ist zum Frieden geneigt in England wie in Frankreich. Die politische Stimmung dort ist ganz unverkennbar; das geht aus zahllosen Anzeichen hervor. Deshalb müssen wir nur zum Ausdruck bringen, daß die große Mehrheit des Reichstages bereit ist, jeden Tag in Friedensverhandlungen einzutreten und einen Frieden abzuschließen, der das, was wir als Voraussetzung für einen Frieden oft genug auseinandergelegt haben, dem Deutschen Reiche sichert. (Beifall b. d. Soz.)

Abg. Graf Westarp (Kons.): Das Verhältnis der Rede des Abg. Scheidemann zu der des Abg. Noske erinnert mich etwas an den Vorgang mit der Rede des Reichskanzlers nach der des Staatssekretärs v. Kühnmann. (Lachen b. d. Soz.) Ich hatte die Rede des Abg. Noske als ziemlich heftigen Vorstoß gegen den Reichskanzler aufgefaßt, von Herrn Scheidemann sind wir nun eines anderen belehrt wor-

den. Herr Scheidemann hat ausgeführt, daß die Rede des Reichskanzlers, wie er sie auffaßt, durchaus auf dem Boden der Friedensresolution gehalten hat. Ich könnte versuchen, das Gegenteil nachzuweisen, will mich aber an diesem anmutigen Gesellschaftsspiel nicht beteiligen. Wir bleiben dabei, daß die Entwicklung der Dinge unseren Ruf: Los von der Friedensresolution! als berechtigt erwiesen hat. Daraus folgern wir, daß der Reichskanzler sich von dieser Politik der Friedensresolution, die wir für schädlich halten, loslösen wird.

Der Etat des Reichskanzlers und Auswärtigen Amtes wird bewilligt, ebenso debattelos eine Reihe kleiner Etats und das Etatgesetz.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Mittwoch, 2. Juli, nachmittags 2 Uhr. (3. Lesung des Etats in Verbindung mit der zweiten Lesung des rumänischen Friedensvertrages.)

Schluß 5 1/2 Uhr.

Die Arbeit der Unabhängigen Landtagsfraktion.

Die Landtagsession wird Anfang Juli vertagt werden, nachdem erst noch die 5. Lesung der Wahlrechtsvorlage stattgefunden haben wird. Im Augenblick, da wir die Redaktion dieser Nummer abschließen müssen, kann über diese Verhandlungen nicht mehr berichtet werden. Da es sich hierbei nur um zwei oder drei Sitzungen handeln wird und das Abgeordnetenhaus bereits am 21. Juni in Ferien gegangen ist, kann die laufende Session bereits als abgeschlossen gelten. Um so mehr drängt sich die Frage auf: welche Arbeit hat in der Session das Abgeordnetenhaus und insbesondere die Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratie geleistet?

Leider vollzieht sich die Tätigkeit der kleinen Landtagsfraktion unter den eigentümlichen Verhältnissen, die uns der Krieg und seine innerpolitischen Folgen gebracht, fast völlig unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Da unserer Partei durch die Gewaltpolitik der Regierungssozialisten fast alle Zeitungen entzogen worden sind und uns namentlich in Berlin selbst nur das wöchentlich einmal erscheinende Mitteilungsblatt zur Verfügung steht, kann von einer Berichterstattung über die Landtagsverhandlungen kaum die Rede sein. Die Berichte über die Reichstagsverhandlungen nehmen bereits einen solchen Raum ein, daß bei der außerordentlichen Raumknappheit der wenigen Blätter der Unabhängigen für das Abgeordnetenhaus leider kein Platz mehr übrig bleibt. Erschwerend für eine selbst knappe Berichterstattung kommt — außer anderen Umständen, die in den zurzeit herrschenden Zensurverhältnissen begründet sind — noch hinzu, daß das stenographische Büro Baake, das vor der Parteispaltung die sozialdemokratische Presse bediente, sich mit schroffster Einseitigkeit ganz in den Dienst der Umturner-Partei gestellt hat und die Reden der Regierungssozialisten ebenso sorgfältig und ausführlich wiedergibt, wie es die Ausführungen der unabhängigen Redner rücksichtslos verstümmelt oder total unterschlägt. Die Blätter der Regierungssozialisten, der „Vorwärts“ voran, tun gar noch ein übriges, indem sie häufig auch noch die paar Sätze aus dem Bericht herausstreichen, die die jungen Leute des Büros Baake unseren Genossen gnädig in den Mund gelegt hatten.

Solange unsere Partei also noch kein eigenes Parlamentsbüro besitzt und solange sie nicht über die notwendige Zahl von Tageszeitungen verfügt, werden die Genossen von den Vorgängen im preussischen Abgeordnetenhaus nur eine sehr unzulängliche Vorstellung erhalten, werden sie beinahe so gut wie nichts von dem erfahren, was ihre Vertreter im Landtage an parlamentarischer Arbeit leisteten. Am wenigsten wird diesem Uebelstande durch referierende Artikel über diese ihre Arbeit abgeholfen sein. Denn da die Tätigkeit unserer Genossen als die Vertreter einer radikal oppositionellen Partei gerade in der schonungslosen Kritik besteht, müßte die Würdigung ihrer Tätigkeit eben in der gedrängten Wiedergabe dieser Kritik bestehen. Unter den heutigen Zeiten des Belagerungszustandes aber könnte eine solche Wiedergabe nur in Gestalt des Verhandlungsberichtes selbst erfolgen — auf den doch gerade unsere Presse aus den gekennzeichneten Gründen verzichten mußte!

Daß von den Reden unserer Landtagsfraktion so wenig in die Öffentlichkeit dringt, bleibt bei alledem überaus bedauerlich. Nicht nur, weil das Häuflein unserer Genossen sich die redlichste Mühe gegeben hat, seine Pflicht der schärfsten Kritik im Sinne einer klaren und prinzipiellen Politik zu erfüllen, sondern vor allem auch darum, weil die Gegenstände, die im Abgeord-

nellenhaus verhandelt werden, sich vielfach von dem im Reichstag verhandelten Materien unterscheiden und ihrer ganzen Natur nach ein breiteres Aufrollen der Weltanschauungsfragen gestatten, die gerade in dieser Zeit des Krieges und der ungeheuersten Weltanschauungskämpfe von besonderer Wichtigkeit für das kämpfende Proletariat sind. So werden die breiteren Genossentriebe erst später einmal, wenn die Rückkehr des Friedens und der unbehinderten Pressefreiheit eine rückschauende Betrachtung der verflochtenen Kämpfe gestattet, mit Genugtuung erfahren, daß die fünf Genossen der Unabhängigen Landtagsfraktion auch unter den schwierigsten Verhältnissen nicht eine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne zu den erschütternden Ereignissen der Zeit als Sozialisten mutig und unbeirrt Stellung zu nehmen. So selbstverständlich eine solche Pflichterfüllung erscheinen mag, so wird sie doch sicherlich nicht erleichtert durch den Mangel jedes äußeren Kontaktes und infolgedessen auch des Fehlens jedes stärkeren Echos bei den Parteigenossen.

Sähen nicht die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie im Abgeordnetenhaus, so wäre in der Dreiklassenkammer seit Jahren jede sozialistische Kritik verstummt. Denn die fünf Regierungssozialisten treiben dort nur die charakterloseste reformistische Opportunitätspolitik. Wenn vom Kriege die Rede ist, so hört man sie nur gleich dem erstbesten bürgerlichen Redner die kriegerischen Heldentaten preisen und von der Notwendigkeit sprechen, den „Krieg zu gewinnen“. Ein Friedenshindernis bildet nach der Darstellung der Regierungssozialisten nur die Unversöhnlichkeit der Gegner und allenfalls das Treiben der Alldeutschen; die Politik der Regierung und der Mehrheitsparteien ist unantastbar. An den Umstand, daß sich ehemals die Sozialdemokratie mit Stolz den Charakter einer „völkerverbrüdernden“ Partei beilegte, erinnert nicht mehr ein Wörtchen der fünf Umklärer, für die auch die elementaren gesellschaftlichen Gegenstände nur noch in der Theorie existieren. So haftet denn die ganze regierungssozialistische Kritik an der äußersten Oberfläche, mag sie sich um was immer dreht: um Kriegspolitik, Ernährungsfragen, Lebensmittelwucher, Wagenmangel, Kohlennot, Schulwesen, Arbeiterfragen oder gar um die Wahlrechtsvorlage.

Gerade wieder die Verhandlungen der letzten Monate ließen den schroffen Gegensatz zwischen der opportunistischen Schaumschlägerei der anpassungsfähigen, militär- und regierungsfremden Umklärer und der unerbittlich klaren, unverfälscht scharfen Kritik der Unabhängigen plastisch hervortreten. Man vergleiche nur einmal die Reden, die Herr Haenisch zum Kultusetat gehalten hat, mit den Ausführungen des Genossen Adolf Hoffmann. Während Haenisch mit den trivialsten Feuilletonphrasen über alle möglichen Dinge hinwegplätscherte und von der Züchtung eines Menschentyps faselte, der eine Verbindung von Goethe, Kant, Werner v. Siemens und Karl Marx (es fehlte nur noch die Synthese Karl Marx — Hindenburg!) darstelle, charakterisierte Hoffmann klar und bündig die Wirkungen des Krieges auf unser ganzes Bildungswesen, insbesondere die Volksschule. Genosse Hoffmann zeigte, daß der Geist, der Kirche und Schule bei uns beherrscht, und zurzeit mehr beherrscht denn je in der Vergangenheit, das Gegenteil von dem ist, was den Inhalt der sozialistischen Ideale und jeder vorwärtsstrebenden Kultur überhaupt bildet. Und was Hoffmann breiter ausgeführt und an drastischen Beispielen erläutert, sagte Genosse Hofer noch einmal überaus wirkungsvoll zusammen in seiner Rede zur dritten Lesung des Etats, die ein einziges trohig leidenschaftliches Bekenntnis zu der Weltanschauung des Sozialismus war, einer Weltanschauung, die nicht den Schatten einer Ideengemeinschaft mit jenem National-Sozialismus oder Sozial-Patriotismus aufweist, dem die Umklärer-Sozialisten sich in die Arme geworfen. Dem nationalsozialistischen und sozialpatriotischen „Heldentum“ stellte Hofer den so ganz anders gearteten Heldenbegriff des freien Menschentums und des Sozialismus gegenüber, für dessen Verkörperung unsere Regierungssozialisten freilich nur Schmäbung und Verdächtigung übrig gehabt haben — man denke nur an den Fall Liebknecht.

Nicht minder scharf traten die Weltanschauungsgegenstände zwischen den beiden Fraktionen hervor bei der Besprechung des Ministeriums des Innern. Für die Regierungssozialisten sprach Braun, für die Unabhängigen Adolf

Hoffmann. Braun kargte nicht mit starken Worten: an der Zensur ließ er kein gutes Haar, und gegen die agrarische Preistreibererei und die bekannten Schleichhandelspraktiken erging er sich in den schärfsten Ausdrücken. Als ob sich durch ein solches Spektakelstück, das die Demagogen um Scheidemann und Bauer nun schon seit vier Jahren jährlich mindestens zweimal aufführen, die Nachthaber auch nur im geringsten imponieren ließen! Wer dem preußischen Militarismus durch seine Kriegspolitik selbst eine so ungeheure Machtfülle geliefert hat, wie unsere Tasager und Kreditbewilliger, kann mit seinem Donnern gegen die unausbleibliche politische Ausnutzung dieser militärischen Machtfülle natürlich nicht mehr ernst genommen werden. Und wer keine höhere Lösung für das sozialistische Proletariat kennt, als die des „Durchhaltens“, darf sich auch nicht ernstlich darüber beschweren, wenn die Kriegswirtschaft der Herrschenden so gestaltet wird, daß Agrariertum und Bourgeoisie das Durchhalten so schmerzlos wie möglich gemacht wird. Denn wie sollte wohl der Krieg vier Jahre und länger durchgehalten werden, wenn nicht auch das Agrariertum einen entsprechenden Anteil an den Kriegsgewinnen erhielt und wenn nicht der Schleichhandel allen Zahlungsfähigen die Möglichkeit böte, die allzu farge Kriegskosten zu ergänzen. Denn daß kein Mensch von den durch Rationierung zugemessenen Lebensmitteln leben kann, darüber war man sich ja in der Kommission des Abgeordnetenhauses vollständig einig. Die Redner der Unabhängigen Fraktion wiesen denn auch dem Braun und Konsorten das Unsinnsige und Unaufrichtige ihrer Haltung unbarmherzig nach. Wer wirklich eine Aufhebung der Zensur und eine Beseitigung des Schleichhandels wolle, müsse eben den Krieg selbst bekämpfen, müsse der Regierung und ihrem Militarismus die Kredite verweigern und durch Erziehung der Demokratie in Deutschland die Vorbedingung für den Frieden mit der Demokratie der anderen Länder schaffen.

Besonders auch bei der Stellung zum Massenstreik trat der Gegensatz zwischen Regierungssozialisten und den Unabhängigen klaffend hervor, wie in den Berichten nachzulesen ist.

Daß die Unabhängige Sozialdemokratie außer vielen anderen, hier des Raummangels wegen nicht aufzuzählenden Gelegenheiten nicht zuletzt auch die Beratung der Wahlrechtsvorlage dazu benutzte, um an der Politik der herrschenden Klassen im allgemeinen und der Kriegspolitik im besonderen die schärfste sozialistische Kritik zu üben, braucht den Genossen kaum verifiziert zu werden, obgleich von dem Duzend zum Teil sehr eingehenden Wahlrechtsreden der Genossen Ströbel, Mehring und Hoffmann der Öffentlichkeit nur einige kümmerliche Fragmente bekannt geworden sind. Gründlich wurde in alle Winkel des reaktionären Arsenal hineingeleuchtet, aus denen die Regierungsvorlage und vollends die parlamentarischen Wahlrechtsgegner ihre Waffen gegen ein wirklich demokratisches Wahlrecht herorkramten. Entlarvt wurde das ganze hohle Gaukelspiel der Wahlrechtskomödie. Während die Regierungssozialisten sich so aufspielten, als könnten sie nun aus Anerkennung für ihre patriotischen Verdienste das ihnen ja von vornherein absolut sichere Pfand der Neuorientierung einheimsen, wies Genosse Ströbel nach, daß die Wahlrechtsvorlage nichts sei, als das verspätete Angstkind einer momentanen kritischen Situation, die mit dem militärischen Ausscheiden Rußlands schon längst wieder vorüber sei, weshalb denn auch die Elterngedanken für den unwillkommenen Sprößling bereits außerordentlich erkaltet seien, von dem eisigen Widerwillen der konservativ-kerikal-nationalliberalen Mehrheit des Hauses gar nicht erst zu reden. Immer wieder konnte Ströbel im Laufe der Verhandlungen und aus der immer ärgeren Verhandlung der Vorlage nachweisen, daß man das Wahlrecht gleich den deutschen Friedensbedingungen nach einer gleitenden Skala abzumessen geneigt sei, bergestalt, daß man dem Volke gerade dann die geringsten Zugeständnisse machen werde, wenn die militärischen Chancen am günstigsten ständen. Solange man die Hilfe des Proletariats dringend gebrauche, stehe es hoch im Preis; wenn man aber seinen Unwillen erst nicht mehr zu fürchten brauche, werde man auch vor dem politischen Konflikt nicht mehr zurückschrecken. So sei es ja noch immer und überall gewesen, auch zur Zeit der Befreiungskriege vor hundert Jahren. Deshalb dürfe sich das Proletariat nicht auf irgendeinen Dank, nicht auf die

jagenhafte „Neuorientierung“, auf ein Versprechen oder ein Ministerwort verlassen, sondern müsse sich auf sich selbst stellen.

Wie berechtigt die Warnungen Ströbels und seiner Fraktionskollegen waren, beweist die Gestalt, die die Wahlrechtsvorlage allmählich erhalten hat. Daß bei der vierten Lesung am 11. und 12. Juni das gleiche Wahlrecht durch ein Pluralwahlrecht für Alter und Selbständigkeit ersetzt worden ist, ist nur der offenbarste, aber bei weitem nicht einzige Hohn auf die Verheißung eines demokratischen Wahlrechts. Denn was nützt das formell gleiche Stimmrecht, wenn bereits eine ungeheuerliche Wahlkreiseinteilung den reaktionären Volkselementen ein drei-, vier-, ja sechsfach größeres Wahlrecht gewährt! Was nützt es, wenn dem Abgeordnetenhaus sein bisheriges Budgetrecht völlig verkümmert wird, wenn im Falle eines ernststen Konfliktes stets das Damoklesschwert des § 14 über dem Abgeordnetenhaus schwebt. Was nützt es, wenn in den wichtigsten Kulturfragen, den Schul- und Kirchenfragen, nur eine Dreiviertel-Mehrheit gültige Beschlüsse fassen darf, die selbst dann freilich noch vom Herrenhaus und Krone einfach durchkreuzt werden können! Was nützt es, wenn das Abgeordnetenhaus überhaupt irgend etwas beschließt, da doch zur Annullierung seiner Beschlüsse das einfache Veto einer Ersten Kammer ausreicht, die ein Non-plus-ultra an unreaktionärer Zusammensetzung darstellt. Alle diese Handschellen und Fußketten für das Abgeordnetenhaus hat aber die Regierung selbst in ihrer Vorlage entweder auch schon vorgeschlagen oder aber nachträglich mit gelassenem Kopfnicken gutgeheißen! Selbst also, wenn das formal gleiche Wahlrecht letzten Endes doch noch wieder hergestellt würde — sei es vom Herrenhaus, sei es von einem neugewählten Abgeordnetenhaus — so würde das Wahlrecht auf alle Fälle ein ganz wertloses Scheinrecht bleiben! Es ist daher eine ganz unverantwortliche Haltung der Regierungssozialisten, die Arbeiter einfach auf den Schacher mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien zu verweisen, statt auf die Wahlrechtsmittel, die ihnen gerade heute zur Verfügung stehen. Aber daß das Proletariat in seiner historischen Schicksalsstunde, statt den Schwanz der Regierungspolitik zu bilden, eine unabhängige und selbständige Politik, eine Politik mit eigenen Mitteln, zu führen verpflichtet sei, das geht nun einmal nicht in den Kopf der „Staatsmänner“ und besorgten Angestellten, von denen sich die Masse der regierungssozialistischen Anhänger leithammeln läßt.

Die liberalen Blätter, die den Wind für die derzeitige Regierung machen, suchen die Dessenlichkeit mit der Versicherung einzulullen, daß das Abgeordnetenhaus bestimmt im Herbst aufgelöst werde, wenn das Herrenhaus nicht das gleiche Stimmrecht wiederherstelle. Der „Vorwärts“ tut gleichfalls, als hätten die Herren Hertling und Friedberg ein eidliches Gelöbnis darauf abgelegt; das liberale „Berl. Tagebl.“ dagegen verrät die ernstesten Zweifel. Und in der Tat: was im Herbst kommen wird, kann heute noch kein Mensch wissen, zumal das nur zum geringsten Teile von den freiwilligen Entschlieungen der Minister abhängt. Aber es kann ja immerhin sein, daß die allgemeine Lage bis dahin wieder eine Verschärfung erfahren hat, die es der Regierung geraten erscheinen läßt, das Volk nicht länger zappeln zu lassen. Entweder müßte sie dann die Mehrheiten in Herrenhaus und Abgeordnetenhaus gleichfalls zu der Ueberzeugung zu bringen wissen, daß es nun genug sei des grausamen Spieles und hohe Zeit zum Einlenken — oder sie müßte im Falle der absoluten Unbelehrbarkeit der halsstarrigen Reaktion in der Tat das Abgeordnetenhaus auflösen.

Der gewerkschaftliche Wiederaufbau und der politische Streit.

Das „Correspondenzblatt“ beschäftigt sich in einer Artikelserie mit dem gewerkschaftlichen Wiederaufbau nach dem Kriege. Der dritte Artikel behandelt den politischen Streit und seine Rückwirkungen. Es wird betont, daß die Gewerkschaften seit jeder großen Gewerkschaft auf ihre Unabhängigkeit gelegt haben, daß sie zur Sozialdemokratie in ein freundschaftliches Verhältnis stand.

Die gelegentlichen Reibungen zwischen diesen beiden Gruppen wurden dadurch behoben, daß die aus der sozialpolitischen Interessenvertretung sich ergebenden Forderungen unmittelbar, also unter Ausschaltung der Partei, als auch anderen Parteien unterbreitet wurden.

Zu Jahre 1906 wurde dann in Mannheim auf dem Parteitag eine Resolution beschlossen, die ein einheitliches Vorgehen herbeiführen sollte. Dieser Beschluß machte allen Parteigenossen zur Pflicht, für die Gewerkschaften zu wirken, die Gewerkschaften haben ja seit jeher die Unterstützung der Partei als etwas ganz selbstverständliches hingegenommen, ohne sich im gleichen Maße zu Gegenleistungen veranlaßt zu sehen.

So hieß es in der Mannheimer Resolution in Bezug auf den Massenstreik: „Sobald der Parteivorstand die Notwendigkeit für gegeben erachtet, hat derselbe sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen und alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich, um die Aktion erfolgreich durchzuführen.“

Im zweiten Teil heißt es dann, daß auch die Klassenbewußten Arbeiter der Gewerkschaften über die nächsten Aufgaben hinaus für die Befreiung der Arbeiterklasse, Aufhebung des Lohnsystems, also für die sozialistische Gesellschaftsordnung streben müssen. Sodann kommt die Aufforderung, daß bei Angelegenheiten, die Partei und Gewerkschaft angehen, Verständigung zu suchen ist.

Wer die Entwicklung der Gewerkschaften ständig beobachtet hat, wird wissen, welche Motive diesen Beschlüssen entsprangen, die Bestrebungen gingen eben dahin, sich mehr und mehr von der Sozialdemokratie zu entfernen.

Heute konstatiert das „Correspondenzblatt“ mit Genugtuung, daß kein Gewerkschaftskongreß den Mannheimer Beschlüssen seine Zustimmung gegeben habe.

Rückschauend kann man diesen Leuten also kaum den Vorwurf machen, daß ihr Kurswechsel allzu groß ist, aber die Partei hat schwer gesündigt, indem sie dieser Verbürgelichung nicht mit der nötigen Energie entgegengetreten ist. Nun ist es ja dahin gekommen, daß der Einfluß der Gewerkschaften so erstarrte, daß die Partei mehr und mehr ins Schlepptau kam und es ist eitel Spiegelschere, wenn hier Disziplin und Einheit in der Partei als Leitmotiv immer und immer wieder betont werden.

Wäre bei der Spaltung der Fraktion das Kräfteverhältnis ein umgekehrtes gewesen, die Gewerkschaftsinstanzen hätten sicher hinter der Minderheit gestanden, denn nicht die Personenzahl war maßgebend, sondern die Art ihrer Politik. In diesem Falle wäre das Experiment nur schwieriger gewesen, aber mit der diesen Instanzen zu Gebote stehenden Mitteln und nötigen Demagogie hätte man auch hier aus schwarz weiß gemacht.

Jetzt bemerken diese Leute den Mangel an sozialistischer Durchbildung der Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder und deren Unkenntnis, über die Ursachen der Parteispaltung, die ja nicht von uns gewollt und gemacht ist, dazu, um mit allen Mitteln den Glauben zu erwecken und zu festigen, als wenn unser ganzes Lebensprinzip darin bestehe, die Arbeiterklasse zu schwächen.

Unser Bestreben, die Gewerkschaften dahin zu bringen, daß sie ihre Macht einer wahrhaft sozialistischen Politik anpaßt, wie sie von ihr auf früheren Parteitagen gefordert ist, wird einfach als syndikalistische Quertreiberei bezeichnet.

Der Veritag Regiens vor den Gewerkschaftsfunktionären im Januar 1915 sollte nach dem „Correspondenzblatt“ dazu dienen, die Auseinandersetzungen auf die Partei zu beschränken. 1915 war die Spaltung noch nicht da, aber die Gegensätze machten sich bemerkbar, und da hielt es Regien eben für geboten, seine Getreuen auf die Gefahr aufmerksam zu machen, die Leute, die sich jahrelang von jeder aktiven Parteiarbeit ferngehalten, die jede Kleinarbeit als unter ihrer Würde stehend betrachtet hatten, die höchstens bei Wahlen als Listenführer fungierten, diesen Leuten mußte erst klar gemacht werden, was ihre politische Pflicht sei, sie sollten ihre politische Untätigkeit ablegen.

Von dieser Zeit ab interessierten sich diese Herren wieder für die Partei, man sah sie wieder mal in den Zeitungen, wo sie ihre jahrelang aufgespeicherte politische Weisheit glänzen ließen.

Es war die letzte Offensive der Gewerkschaftsinstanzen zur Eroberung der Partei, damit, wenn der kritische Moment da, die Partei den Rechtsabmarsch der Gewerkschaften mitmache.

Als dann die Spaltung provoziert war, setzte das Geheul ein, Verrat, Disziplinbruch usw. Diese Wiederwärtler, die planmäßig alles vorbereitet hatten und nur den Moment abwarteten, um den linken Flügel der Partei über den Haufen zu rennen und den rechten Flügel seinen Zwecken dienlich zu machen.

Das „Correspondenzblatt“ nennt uns deshalb heute die Zersplitterter der Arbeiterbewegung, die den Zeitpunkt für gekommen erachteten, die Gewerkschaftseinheit zu sprengen. Als Beweise führen sie eine Berliner Versammlung an, in der Genosse Herzfeld sprach. Folgendes gilt als Spaltungsversuch:

„Gegen die Gewerkschaftsinstanzen ist innerhalb der Gewerkschaften vorzugehen durch Gewinnung der Leitungen. Ebenso gegen die sozialpatriotische Haltung der Gewerkschaftspressen.“

Die Versammlung beschloß eine Resolution, in der für die Gewerkschaftsarbeit folgende Parole ausgegeben wurde:

„Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstanzen innerhalb der Gewerkschaften. Zu diesem Zwecke Organisierung der auf Seiten der Opposition stehenden Gewerkschaftsmitglieder und Schaffung eines speziellen Gewerkschaftsorgans.“

Ferner haben in Gotha Haase und Ledebour zum Kampf gegen die Führer der Gewerkschaften aufgefordert.

Von Sprengung ist nirgends die Rede, aber schon der Kampf gegen die Instanzen gilt für diese als solcher.

Kein Wunder, denn diese erlauchten Körperschaften bilden sich ja eben ein, sie seien die Gewerkschaften, so wie die Behörden meinen, das Publikum sei für sie da, so meinen auch die Gewerkschaftsinstanzen, die Mitglieder seien für sie da und nicht umgekehrt. Wer es deshalb wagt, gegen die geheiligten Instanzen vorzugehen, ihr Fun und Lassen zu kritisieren, der ist veremt, ein Verräter, der die Einheit der Gewerkschaften zerstören will.

Es werden dann die Vorgänge in Braunschweig, Leipzig, Stuttgart usw. so geschildert, als wenn überall die bösen Unabhängigen mit allen Mitteln die Gewerkschaften sprengen wollen.

Ueber die Berliner Bewegung im Januar d. J. heißt es im „Correspondenzblatt“:

Ihren Höhepunkt erreichten diese politischen Streitigkeiten während der wilden Streiks in der Rüstungsindustrie im Januar 1918. In Berlin haben sich die Unabhängigen eine Organisation in den Betrieben geschaffen, durch die sie die Arbeiterklasse der Rüstungsindustrie zu dirigieren suchten. Ihr Einfluß war ein geringer; nur ein kleiner Teil der Arbeiter folgte ihrer Parole zur Arbeitsniederlegung trotz der für eine solche nach den Vorgängen in Oesterreich günstigen Stimmung. Hätte man eine einheitliche Demonstration der Arbeiterklasse herbeiführen wollen, so wäre es ein Leichtes gewesen, die gesamte Rüstungsarbeiterschaft daran zu beteiligen.

So urteilt die Generalkommission über diese gewaltige Bewegung, für diese Leute ist es ein Putsch gewesen, weiter nichts, Leute die in einer der kritischsten Stunden, welche die deutsche Arbeiterschaft durchlebte, ihre Neutralität erklärten, was gleichbedeutend ist mit Solidarität der bürgerlichen Gesellschaft.

Dann wundern sich solche Personen noch darüber, wenn sie in solchen Lagen ausgeschaltet werden und beschweren sich darüber, keine Gelegenheit bekommen zu haben, um als freiwillige Regierungskommissare im Trüben zu fischen.

Diese ganze Abhandlung im „Correspondenzblatt“ soll bezwecken, unseren Einfluß der sich ja beim Wiederaufbau der Gewerkschaften erhöhte Geltung verschaffen wird, auszuschalten.

„Ihr Ziel ist die Sprengung der Gewerkschaften“, so sagt das „Correspondenzblatt“, das haben diese Leute auch schon vor der Parteispaltung in bezug auf die Partei gesagt, sie wollen damit erreichen, daß, wenn es mal soweit kommen sollte, sie als die Unschuldigen dastehen.

Man macht die Gewerkschaften allerorts mobil, um beim Wiederaufbau dafür zu sorgen, daß wir keinen Einfluß bekommen, man fürchtet sich wohl vor der endgültigen Abrechnung.

Wir brauchen uns gegen die falschen Vorwürfe nicht zu verteidigen, der Zeitpunkt wird kommen, wo wir offen unsere Taten zur Beurteilung den Massen vorlegen können.

Eine Partei wie die U. S. P., die verfolgt und belämpft wird wie noch nie eine Partei in Deutschland, weil sie ihren Grundsätzen treu geblieben ist, kommt auch darüber hinweg, wenn sie von ihren ehemaligen Parteigenossen, denen die Sonne der Regierung leuchtet, mit den schafelsten Mitteln belämpft wird, sie tun es ja, um ihre Tätigkeit zu verdecken. Unser Ziel ist, die Solidarität der gesamten Arbeiterklasse zu erstreben, alle Machtmittel der Arbeiterklasse den Zwecken unterzuordnen, die zu ihrer Befreiung dienen.

In diesem Sinne werden wir auch in den Gewerkschaften tätig sein. Daß wir dabei die Aufgaben der Gegenwart nicht außer acht lassen, ist für jeden vernünftigen Menschen selbstverständlich.

Bevölkerungspolitik im Krieg.

ad. Die Bevölkerungspolitik unserer maßgeblichen Behörden verfolgte in den letzten Friedensjahren in erster Linie das Ziel, dem Geburtenrückgang zu steuern. Auch heute steht die Sorge für eine möglichst reichliche Volksvermehrung obenan, doch angesichts der ungeheueren Menschenverluste, die der Krieg verur-

sacht, ist wenigstens das Verständnis dafür erwachsen, daß gleichzeitig das Leben der Geborenen erhalten, d. h. vor frühzeitigem Tod und vermeidbarer Krankheit bewahrt werden müsse. Allerdings hat die Einsicht in diese Notwendigkeit bisher noch keine Taten ausgelöst. Der Krieg selbst verhindert sogar in der Heimat die Anwendung aller wirksamen Mittel. Statt einer Einschränkung der lebensverfügenden Lieberarbeit brachte er eine Steigerung und stärkere Ausdehnung auf Frauen und Jugendliche, statt einer Beseitigung der schwächenden Unterernährung eine Verschlimmerung, statt einer Milderung des krankheitsfördernden Wohnungslebens eine Verschärfung. So werden Gesundheitsstörungen nicht nur verhütet, sondern im Gegenteil in jeder Weise begünstigt.

Es ist eine der bedenklichsten Wirkungen des Krieges, daß auch die Behandlung der durch ihn selbst gehäuft auftretenden Krankheiten erschwert. Ein großer Teil der Ärzte steht zurzeit vollständig im Dienste der Heeresverwaltung, ebenso viele im Garnisongebiet können nur in den wenigen, von militärischer Tätigkeit freien Stunden sich den zivilistischen Kranken widmen, nicht wenige gerade der tüchtigsten Spezialärzte arbeiten in den Feld- und Kriegslazaretten. Von den Medizinem ist ein beträchtlicher größerer Prozentsatz eingezogen als von der versorgungsbedürftigen Bevölkerung. Es sind dann die übriggebliebenen Ärzte mit Privatpraxis überbürdet und haben weder die Zeit, noch die Kraft, jeden einzelnen Patienten mit der gleichen Gründlichkeit wie vorher zu behandeln. Auch die Hospitalisierung der Schwerkranken, die eine dauernde Überwachung eine sorgfältige Kur brauchen, stößt heute auf Schwierigkeiten. Denn viele Krankenhäuser und Heilanstalten sind mit Soldaten stark belegt und neue Anstalten konnten schon seit Jahren nicht gebaut werden.

Vor dem Krieg hat man sich eifrig bemüht, die hohe Säuglingssterblichkeit einzudämmen. Fürsorgestellen wurden gegründet, in denen die Kinder regelmäßig untersucht und die Mütter bei der Aufzucht ihres Nachwuchses beraten wurden; in der Pflege Neugeborener besonders geschulte Schwestern machten Hausbesuche, um die richtige Ausführung der in der Fürsorgestelle gegebenen Anordnungen zu beaufsichtigen. So gelang es tatsächlich oftmals, Schädigungen von dem empfindlichen Organismus des Säuglings fernzuhalten, Erkrankungen schon im Beginn zu erkennen und sofort einer zweckmäßigen Behandlung zu unterwerfen. Es kann leider nicht bezweifelt werden, daß der Krieg auch diese Einrichtungen in Unordnung gebracht hat. Professor Langstein, einer der bedeutendsten Kinderärzte, führte kürzlich aus seinen eigenen Erfahrungen ein Beispiel für die heute vielfach mangelhafte Säuglingsfürsorge an. Er stellte fest, zu einem ganz und gar abgekehrten, sterbenskranken Säugling gerufen, daß gegenüber diesem Kinde die Fürsorgestelle vollständig versagt hatte. Die dort tätige Ärztin, offenbar „Kriegsersatz“, hatte 10 Tage vorher den gefährlichen Zustand noch nicht erkannt und die Pflegeeltern hatte vielleicht infolge überreicher Beschäftigung sich in der Wohnung der Mutter überhaupt nicht blicken lassen. Aber auch der Privatarzt, den die Mutter des Kindes in ihrer Angst nachträglich noch aufgesucht hatte, war der Behandlung abgelenkt, weil dem Säugling nicht mehr zu helfen sei. Daß auch er seine Sache nicht verstand, bewies Professor Langstein, der das schon ausgegebene Kind in kurzer Zeit wieder herstellte. Hier konnte noch in letzter Stunde der tüchtige Facharzt die Fehler seiner wenig erfahrenen Kollegen gutmachen, wer aber rettet in der kleinen Stadt und auf dem Lande, wo kein Spezialarzt zu erreichen ist, die falsch behandelten Kinder? Und die Erwachsenen in derselben Lage?

Eine ausreichende Versorgung des Volkes mit gründlich vorgebildeten Ärzten ist dringlichste Aufgabe jeder vernünftigen Bevölkerungspolitik.

Aus dem Geistesjahre des Sozialismus.

„Die Warenproduktion mit Zwangsarbeit ist . . . die schrecklichste Form der Ausbeutung. Die orientalische patriarchalische Sklaverei erscheint als eine Idylle gegenüber der Sklaverei, wie sie in den Zucker- und Baumwollplantagen der Südstaaten der Union noch vor wenigen Jahrzehnten herrschte. Und so war auch die Leibeigenschaft der Feudalzeit unergleichlich milder als die, welche aus der Entwicklung der Warenproduktion erwuchs.“

Karl Kautsky.

„Thomas More und seine Utopie.“

Quittung.

Der Kasse des 4. Kreises wurde zugeführt: Gehner 1,80, Nebel 1,80, Baumgart 5,—, Gerndt 5,—, Krumnow 1,80, Schmolke 1,80, Wintler 5,—, Hennings 1,80, Wase 1,80, Bommaring 1,80, Rünster 1,80, Walle 1,80, Paepke 1,80, Schorlemann 2,00, Linse 1,80, Heinen 1,80, Labzyn 1,80, Zickelmann 3,—, Liebs 1,80, Friedrich 1,80, Popperlein 10,—, Klose 5,—, Labisch 2,—, Hofmann 1,80, Zeißig 4,—, Hartung 1,80, Rosenbaum 2,—, Radom 1,80, Koest 2,—, Hampel 2,—, Hoffmann 5,—, Vinder 3,—, John 4,—, Schulz 1,80, Fricke 1,80, Krenkel 1,80, R. G. Gehner 1,80, A. Schmidt 1,80, G. Drescher 3,00, Abt. 12 2,—, Abt. 27 29,—, Bofelt 1,80, Bährs 1,80, Heidebrin, B. Schulz 1,80, Linke 1,80, Wagenführ 1,80, Rothhoff 1,80, Abt. 28 15,—, Schent 1,80, A. Jenner 1,80, A. Streichert 1,80, Jähring 2,—, Bartuschat 10,—, A. Schmittalla 1,80, Schüler 5,—, H. S. und H. Sch., Abt. 20 2,—, M. Jugendliche durch Jern 95,— M.

H. Barentzin, Stralauer Platz 10/11.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: E. Leib; Verleger: A. Hoffmann; beide Berlin SW. 68, Lindenstr. 3. Druck: Maurer & Danneberg, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.